

Arbeiter-Zeitung

Verlag: Breslau, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Tages-
preis: monatlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Jahrespreis: monatlich 5,25 Mk., unter Druckband 2,50 Mk.
Kassenzettel: Die gebrauchlichen Kassenzettel ober dem
Namen 12 Pf. Vertriebs- und Bestimmungsbereich: 8 W. Kellamer-
Kasse: Die bestgenutzte Mittelstelle ober dem Namen im Wert
10 Pf. — Inhalt der Tagesnummern: In der Haupt-Expedition
8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis 10 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kraske'sche Straße 50. Telefon
4110. **West-Expedition:** Breslau 44, Kraske'sche Straße 50.
Kraske'sche Straße 50. Telefon Ring 2067. **Wochenblatt der Arbeiter-
Zeitung:** Breslau 10, Kraske'sche Straße 50. — **Filial-
Expeditionen:** Glatz 14, Kraske'sche Straße 50. Telefon
2011; Glatz 2, Kraske'sche Straße 50. — **Verlag:** Glatz, Kraske'sche
Straße 50. — **Druck:** „Kraske“-Druck, Glatz, Kraske'sche Straße 50.

Schlesische Steinarbeiter im Streik

(Fig. Bericht.) Striegau, 6. März.

Wohnung der Lohnarbeiter der schlesischen Steinarbeiter
am 2. Februar abgerufen. Bei den Verhandlungen um den Neu-
abschluss des Tarifs forderte der Steinarbeiterverband die Hinein-
rechnung der sogenannten Feuerungszulage in die Tariflöhne und
ein Lohnzulage von 20 Prozent (bei voller Erfüllung dieser Forderung
würden die schlesischen Löhne noch weit hinter den in Sachsen gezahlten
zurückbleiben.) Die Unternehmer machten demgegenüber das An-
gebot, den bisherigen Tarif ohne jegliche Erhöhung an-
zuerkennen und weitere Jahre in Kraft bleiben zu lassen. Die Nachricht
von diesem provokatorischen Angebot rief eine ungeheure Empörung
der Striegauer Steinarbeiter hervor. Sie legten gestern spontan
die Arbeit nieder und hielten eine Versammlung mit circa
800 bis 1000 Besuchern ab. Der Gewerkschaftssekretär Müller
weigerte sich, die Leitung der Versammlung zu übernehmen und for-

berte die Arbeiter auf, in die Betriebe zurückzukehren. (1)
Trotzdem wurde die Verharmung und Einleitung eines sozialdemo-
kratischen Kollegen abgehalten und ein Komitee der Arbeiter gebildet,
im Streik zu beharren und das Striegauer Steinbruchs-
gebiet ebenfalls zur Arbeitsniederlegung aufzufordern.
Es ist anzunehmen, daß die gesamten Steinarbeiter von Schlesien,
5000 bis 6000 an der Zahl, dem Ruf der Striegauer Kollegen noch
heute folgen werden. Damit ist die Absicht der reformistischen Ge-
werkschaftsbeamten, erst die für Mittwoch angesetzten Verhandlungen
vor dem Tarifamt abzuwarten und den Konflikt ohne Kampf und ohne
die geforderte Lohnerhöhung zu beenden, durchkreuzt.

Ein Bravo den Steinarbeitern! Infolge der äußerst guten Kon-
junktur werden die Steinindustriellen nicht lange auf die seitens Profite
verzichten wollen und bei geschlossener Fortsetzung des Streiks sehr
bald zur Nachgiebigkeit gezwungen werden!

Das 9. ERZ.-Plenum

Von Gerhard

Moskau, Ende Februar

Das 9. Plenum des ERZ. hat eine Reihe äußerst wichtiger Be-
schlüsse für die Politik der Kommunistischen Internationale, und
besonders für einige ihrer wichtigsten Sektionen, gefaßt. Es galt,
aus der Lässigkeit der Linkshängigkeit der Arbeitermassen und der
verfallenen Offensiv der Bourgeoisie und des Reformismus gegen
die revolutionäre Bewegung eine Reihe wichtiger taktischer Schlüsse
zu ziehen.

Um die Verbindung mit den Massen enger und breiter zu ge-
stalten, um diese erfolgreicher vom Einfluß des Reformismus zu
befreien, ist es notwendig, den Kampf gegen den Reformismus
gründlicher, schärfer zu führen, als es vielfach in manchen Sektionen
bisher der Fall war.

Besonders unsere englische und französische Bruderparteien müssen
aus dieser Situation ernsthafte Konsequenzen ziehen, die trotz aller
großen Schwierigkeiten eine entscheidende Wendung im Kampf gegen
den Reformismus bedeuten.

Die Beschlüsse, die die englische und französische Bruderpartei
betreffen, tragen historischen Charakter. Zum erstenmal wird die
englische Kommunistische Partei, entsprechend ihren Kräften, völlig
selbständig in dem bevorstehenden Wahlkampf gegenüber der Labour-
Party auftreten, wird sie entsprechend auch der organisatorischen
Entwicklung der Labour-Party zu einer sozialdemokratischen Partei
mehr und mehr den Kampf auf der ganzen Linie in vollkommener
organisatorischer Angehörigkeit gegen die Labour-Party auf-
nehmen. Die großen Erfahrungen der englischen Arbeiterklasse in
den letzten Jahren, die immer größere Reifeentwicklung der Führer
der Labour-Party und der Gewerkschaften, der Bankrott der zen-
tralistischen Gewerkschaftsführer, der systematische Ausschluß der Kom-
munisten aus der Labour-Party sowie das immer offener werdende Ein-
schwanken der englischen Reformisten in die Front des englischen Im-
perialismus bilden die Grundlage für die Verschärfung und Wendung
der taktischen Linie unserer kommunistischen Bruderpartei.

Ebenso wichtige Beschlüsse über eine Aenderung und Verschärfung
der Politik wurden für die französische Bruderpartei gefaßt. Auch
in Frankreich eine Entwicklung der Massen nach links, die Steigerung
der Angriffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat, die Durchfüh-
rung der Rationalisierungsmaßnahmen. Die französische Großbour-
geoisie hat es geschafft, verstanden, durch das Fortdauern eines
Kampfes zwischen Rechts- und Linksbloc auf den tiefsten Stand
demokratischen und parlamentarischen Illusionen und Traditionen
breiter proletarischer und kleinbürgerlicher Massen zu spielen. Bei
diesen Manövern erhielt die Großbourgeoisie die entscheidende Unter-
stützung jener Parteien, hinter denen breite Arbeiter- und Klein-
bürgerliche Massen marschieren: der Radikalfortschrittlichen und der
Sozialistischen Parteien. Die völlige Kapitulation der Radikalfors-
schrittlichen vor der Großbourgeoisie ist der Ausdruck tiefgreifender Ver-
änderungen in der Struktur Frankreichs, der stark gewachsenen Rolle
des Großkapitals und der immer mehr verminderten Rolle des
Kleinbürgertums sowie der Verschärfung der Klassengegensätze. Die
Reformisten der verschiedensten Schattierungen haben sich in Frank-
reich wie in den anderen Ländern zu immer offeneren Verteidigern
der Politik ihrer Bourgeoisie entwickelt. In allen Fragen vertreten
die reformistischen Gewerkschafts- und Parteiführer die Politik
Poincarés, die Politik des französischen Imperialismus. Der
Vater des imperialistischen Militarismusgesetzes ist der Sozial-
demokrat Paul Boncour, die französische imperialistische Außenpolitik
wird von den französischen Reformisten den Massen schmachtend ge-
macht. So haben zum Beispiel die Reformisten auf ihrem letzten
Parteitag genau so wie Poincaré im Parlament die Parole aus-
gegeben: keine Räumung des Rheinlandes ohne Sicherheit und
Gegengenerationen. Die C.G.T., der reformistische Gewerkschaftsverband,
hat ein Programm des „industriellen Friedens“ verabschiedet,
dessen praktischer Sinn ist, die Bourgeoisie bei ihren Ra-
tionalisierungsmaßnahmen zu unterstützen.

Die Taktik unserer französischen Partei muß aus dieser Sachlage
Konsequenzen ziehen. Sie muß vor den breiten Massen eine Politik
betreiben, die es jedem Arbeiter klar und verständlich macht, daß
unsere französische Bruderpartei auch nicht den leisesten Anzeichen der
entferntesten Zugehörigkeit zum sogenannten Linksbloc erwidern
soll, sondern daß der gesamten französischen Bourgeoisie plus den Reformisten
die revolutionäre Partei gegenübersteht, die einzig und allein die In-
teressen der Arbeiter- und Bauernmassen verteidigt, die klar und ent-
schieden den Abwehrkampf der Massen gegen die französische Bour-
geoisie organisiert und in diesen Kämpfen die Massen zum Kampf
um ihre Befreiung vom kapitalistischen Joch vorwärtsführt.

Unsere französische Bruderpartei wird daher ein größeres Gewicht
auf die Organisation der Massen in den revolutionären Gewerks-
schaften, ein größeres Gewicht auf die Verschärfung ihrer Basis in
den Betrieben, ein schärferes Augenmerk auf die Überwindung noch
vorhandener Reste parlamentarischer Traditionen legen müssen. Sie
müssen auch in den kommenden Wahlen dem besonderen französischen
Wahlrecht keine Konzeptionen machen und die französischen Massen
klar vor die Frage stellen: Bourgeoisie plus Reformismus — oder
Kommunismus! Das heißt, die Partei wird auch bei den Stich-
wahlen prinzipiell — mit vielleicht einigen Ausnahmen — ihre eigen-
en Kandidaten aufrechtstellen, auch für den Fall, daß diese keine
Ausichten auf Erfolg haben.

Galt es in diesen beiden Ländern, in einer noch nicht abzu-
schließenden Situation die Linie für den Kampf der Kommunistischen

Wilsudstis Terrorrieg!

Vorläufiges Ergebnis der Sejm-Wahlen

II. Warschau, 5. März. Nachdem jetzt aus sämtlichen
64 polnischen Wahlbezirken die vorläufigen Zählungsergebnisse vor-
liegen, lassen sich die Mandatsziffern zusammen mit den auf die
einzelnen Listen entfallenden Mandate der Staatslisten folgender-
maßen berechnen:

- | | |
|---------------------------------------|-------------|
| 1. Regierungspartei | 135 Mandate |
| 2. Sozialisten | 62 " |
| 3. Wyzwolenie | 36 " |
| 4. Nationale Arbeiterpartei | 9 " |
| 10. Bauernpartei Dombki | 25 " |
| 13. Kommunisten | 5 " |
| 18. Minderheitenblock | 57 " |
| 24. Nationaldemokraten | 36 " |
| 25. Christliche Demokraten u. Pfaffen | 34 Mandate. |

Die Sejmwahlen in Polen haben auf Grund des ungeheuren
Terrors der Wilsudstis-Regierung gegen alle oppositionellen Parteien,
natürlich vor allen Dingen gegen unsere polnische Bruderpartei, einen
„Sieg“ der Regierungsliste ergeben. Auf welche Weise dieser Sieg
entstande gekommen ist, werden wir noch berichten.

Sozialdemokratisch-bürgerlicher Einheitsblock für das Polizeisystem

(Fig. Draht.) Berlin, 6. März.

Nach der Verabschiedung der Novelle zum Grundvermö-
genssteuergesetz wurden am Freitag im Landtag die Ab-
stimmungen über den Etat des Grzesinski-Ministeriums vorgenommen.
Dabei zeigte es sich wiederum, daß das preussische Polizeiministerium
nicht nur das Vertrauen der Weimarer Koalition, sondern auch der
deutschen Nationalen und völkerverfeindlichen Konar-
schisten und Kapitalisten besitzt. Grzesinski ist der Mann der kapita-
listischen Reaktion. Deshalb wurden auch alle kommuni-
stischen Anträge auf Streichung der Aufwands-
entschädigungen für Grzesinski und seinen Staats-
sekretär, auf Streichung der Beiträge zur Umge-
staltung und Erweiterung der Dienstwohnung
Grzesinskis und des Ministergartens in Einheits-
front von den Sozialdemokraten und allen bürger-
lichen Parteien abgelehnt. Dasselbe Einheitsfront legte
auch ab die kommunistischen Streichungsanträge für die Beschaf-
fung von Wahlkampfmitteln, Kraftfahrzeuge,
Dienstauswandsmittel, Ausgaben der Polizei-,
Ober- und Regierungspräsidenten, der im Etat ent-
haltenen Korruptionsfonds usw., im ganzen

etwa 20 Millionen Mark.

Abgelehnt wurden auch von derselben Mehrheit die kommunistischen
Anträge, monarchistische Offiziere sofort aus der

Schulpolizei zu entfernen, die Beschäftigung von Epikeln
zu untersagen, den Beamten der Schulpolizei Koalitionsfreiheit ein-
schließlich des Streikrechtes zu gewähren und die Schulpolizeibeamten
in Wohnungen außerhalb der Kasernen unterzubringen.

In namentlicher Abstimmung wurde ein sozialdemokratischer
Antrag mit den Stimmen der Rechtsparteien und des Zen-
trums gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozial-
demokraten und Demokraten abgelehnt, der von den Pol-
zeioffizieren verlangt, die Schulbeamten mit „Derr“ anzureden, den
Gratz der Untergeordneten zu erwidern und das „Achtung“-Rufen in
Beamten- und Diensträumen zu untersagen. Bei dieser Abstimmung
stimmte Grzesinski mit Zentrum und Rechtsparteien, und der Frak-
tionsführer der SPD, Heilmann, enthielt sich der Stimme.
Auch gegen die politischen Forderungen leitete sich die SPD ein
Meisterstück. Sie stimmte mit allen bürgerlichen Parteien wiederum
den kommunistischen Antrag nieder, der verlangte, daß während des
Transportes von politischen Gefangenen die Fesselung verboten wird!

Es folgte dann die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs
zur Verlängerung der bisherigen Hauszinssteuer, bei der Genosse
Stoltz sich scharf gegen dieses Hauszinssteuerrecht wandte.

Weitere Ausberrungen in Berlin

Berlin, 6. März. (Fig. Draht.) Der Aussperrungsbeschluß
der Metallindustriellen hat in der gesamten Berliner Metallarbeiter-
schaft die größte Entrüstung und den stärksten Kampfeswillen wach-
gerufen. Die Belegschaften sämtlicher von der Aussperrung betroffenen
Betriebe fordern die Ausdehnung des Kampfes auf alle Betriebe des
Werkzeugbaus. Gleichzeitig wächst die Stimmung für die Mobilie-
rierung der gesamten Metallarbeiterschaft zum Kampf. Die
C. Lorenz-A.-G. hat gestern abend ihre Betriebe stillgelegt, die
Deutschen Telephonwerke und die Kabelindustrie
A.-G. werden heute abend stillgelegt, falls keine Einigung zustande
kommen sollte. Im Siemens-Konzern und bei Bergmann
haben die Hauptbetriebe schließen müssen. Am Mittwoch finden unter
Vorherrschaft von drei „Unparteiischen“ im Reichsarbeitsministerium Ver-
handlungen statt. Aus Rücksicht auf diesen Versuch hat die Organi-
sationsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes weitere
Arbeitsniederlegungen in größerem Umfang, die für
heute vorgesehen waren, bis nach den Verhandlungen vertagt. (1)
Es werden nur im Laufe des heutigen Tages aus einigen kleineren
Betrieben die Werkzeugmacher herausgezogen, wo Gefahr besteht, daß
dort für die bestreikten Betriebe Streitarbeit berichtet wird.

Die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metall-
industrieller, die heute nachmittag zusammengetreten war, hat im
Übereinstimmung mit der für Mittwoch erneut anberaumten Einigungs-
verhandlungen im Reichsarbeitsministerium beschlossen, am Donner-
stag abermals zusammenzukommen, um dann auf Grund des vor-
liegenden Ergebnisses Beschlüsse über weitere Aussperrungen zu fassen.

Angang des Reichsausschusses des Zentrums. — In Berlin,
6. März. Eine Tagung des Reichsausschusses des Zentrums ist lang
noch über in Aussicht genommen. Gegenstand der Besprechungen
sind Vorbereitungen für die kommenden Wahlen.
Der wichtigste Gegenstand der Besprechung ist die

Charakter um die Nation durch eine Veranschaulichung der Welt gegen...

Trotz vieler schwerer Niederlagen der chinesischen revolutionären...

Das Plenum hat auch entsprechend seiner Aufgabe, die taktische...

Die großen Aufgaben, die vor der kommunistischen Internationale...

Gebering und Hdring wurden am Bahnhof in Halle...

In Plünderberg bei Hamburg kam es am sogenannten „Bollstauerweg“...

Zum Ablauf der jetzt bestehenden Reisen für Arbeiterunterstützung...

In Leipzig wurde die große Frühjahrsmesse unter Beteiligung...

Das Reichsentschädigungsgesetz in Berlin, das seit dem...

Die preussische Regierung teilt mit, daß kein Grund für eine weitere...

Bei der Wahl der Ortsverwaltung im Metallarbeiterverband...

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat die Broschüre „Literarischer Hochverrat“...

Die in ganz Bulgarien erfolgten Gemeinderatswahlen für die ländlichen...

Die persische Regierung fordert Angebote für den Bau einer Eisenbahnlinie...

Nach einer Neuter-Meldung aus Mexiko ist die Polizei durch Verhaftung...

Nach Londoner Meldungen sollen 200.000 bewaffnete Araber...

Zur Jubiläumfeier der Roten Armee fand auf dem Moskauer Flugplatz...

des Imperialismus gegen Sowjetrußland, der gesteigerten Angriffe...

Die Geschlossenheit der kommunistischen Internationale und ihrer...

Ungeheure Aufgaben stehen vor der kommunistischen Internationale...

Der Völkerrundrat zusammengesetzt

Ul. Genf, 5. März. Der Völkerrundrat ist heute vormittag um 11 Uhr...

Die erste Unterredung Stresemann-Briand

Ul. Genf, 5. März. Heute um 18 Uhr hat die erste Unterredung...

Der „Kronprinz“ zahlungsunfähig?

Gegenüber sehr bestimmt lautenden Berliner Nachrichten über Zahlungsunfähigkeit...

„Von einem Verkauf von Dels ist nicht die Rede und nie die Rede gewesen.“...

Berliner Blätter behaupten dazu, daß der abgefundene Hohenzoller...

Fortschritte der Technik in der Sowjetunion

Erfindungen. In den Monaten Oktober-November 1927 wurden 1818 Erfindungen...

Kleine politische Nachrichten

Schweres Unglück auf einem Hochofenwerk. Zwei Tote und ein Schwerverletzter.

15-Millionen-Dollar-Anleihe der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. Ul. Berlin, 5. März.

LOURDES Von EMILE ZOLA

Pierre fand es nicht Freude; er betrachtete diese glänzenden Dinge ohne...

„Welche Jesu Spinnspinn hat er?“ „Ja, die auf der linken Seite.“

mit dem Doktor Chaspaigne war. Dann hatte er aber noch eine Verleugnung...

Dort stand ihm plötzlich eine tiefe Stille; auf die freudigen Stimmen...

Während sich oben die Menge drängte, war die Krypta zu dieser Stunde...

Er durchlebte eine schreckliche Zeit. Er versuchte, sich jede einzelne Minute...

wenn Marie geholt würde. Und sie war geholt, und er glaubte noch immer...

Ein Strom von Bitterkeit durchflutete Pierre, und Tränen stürzten...

Dann kamen ihm die herrlichen Stunden ins Gedächtnis, die sie in der...

(Fortsetzung folgt)

Oberschlesien

Hindenburg Parlamentstagung unter dem Schutze der Polizei

Erklärung der Kommunisten zur Beamten-Befolgsverordnung. — Versuch des Vorsitzers, den Genossen Paris am Reden zu hindern. — Sozialdemokratie gegen Kommunalarbeiter und Erwerbslose. — Zehntausende von Mark für Kirchenbau, trotz 8000 wohnungsloser Familien.

Die am Freitag dem 2. März in Hindenburg stattgefundene Sitzung des Stadtparlamentes beschäftigte sich mit Dingen, die die verschiedenen Schichten der Bevölkerung betrafen. Vor allem waren es sozialpolitische Fragen, die auf der Tagesordnung standen.

Dieser Stadtverordnetenversammlung gingen Beschlüsse der Arbeitslosen voraus, in denen sich diese in Entschuldigungen schärft gegen die Sozialpolitik des Magistrats und des Arbeitsamtes wandten und erneut ihre elementarsten Forderungen stellten und an sämtliche Fraktionen diese übermittelten. Es war wieder nur die Fraktion der Kommunisten, die die durchaus berechtigten Forderungen der Erwerbslosen zugetragen verächtlich und sie in der Sitzung vertrat. Um sich über die Haltung der Parteien zu ihren Forderungen zu vergewissern, erschien im Zuschauerraum ein Teil der Arbeitslosen. Der der wertvollen Bevölkerung seitdem bekannte zentralische Oberbürgermeister Dulajch (genießt das volle Vertrauen der Sozialisten zum „Schutz der Arbeitslosen“ ein „Leberjakkommando“ der Schupo-Kommission. Gleichfalls lungerten im „hohen“ Hause Kriminalbeamte herum. Unter dem Schutze der Schupo lehnten die Stadtväter die Forderungen der Erwerbslosen auf mehr Brot ab. Die Sozialdemokraten ließen durch ihren Sprecher Gavelitz erklären, daß sie Enthaltung bei der Abstimmung der Forderungen über werden, was auch geschah. Diese „tapfere“ Haltung der SPD gibt den tausenden Erwerbslosen den Beweis, daß diese Partei völlig politisch korrupt ist und mit den Interessen der Ausgebeuteten nichts gemein hat.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde beschlossen, die Befolgsverordnung des Magistrats in geheimer Sitzung zu beraten. Genosse Paris wandte sich gegen derzeitige Methoden, die nur den Zweck haben, den Betrug an den Kleinen und mittleren Beamten zu vollziehen.

Im Laufe der Auseinandersetzungen erhielt Genosse Paris mehrere Ordnungsrufe, und der Vorsitzende versuchte darauf, ihm das Wort für die Dauer der Sitzung zu entziehen, was ihm aber nicht gelang.

Stadtvorstandsvorsitzender Dr. Dyperskalski eröffnet die Sitzung und ersucht um Zustimmung, den Punkt 3 der Tagesordnung, „Errichtung einer Baubank“, in geheimer Sitzung zu behandeln, was auch unter dem Widerspruch der Kommunisten beschlossen wird.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung, „Neuregelung der Beamtensoldat“, beantragt die kommunistische Fraktion, die Vorlage in öffentlicher Sitzung zu beraten, wofür nur die Antragsteller selbst stimmen. Genosse Paris verlangt hierauf das Wort und gibt nachstehende Erklärung zur Beamtenbefolgsverordnung ab:

Die Befolgsverordnung des Magistrats ist ein reaktionäres Maßwerk, das in jeder Hinsicht den Charakter der kapitalistischen Republik trägt. Mit dieser Befolgsverordnung kehrt man zum Klassen- und Klassensystem der Vorkriegszeit zurück. Zersplitterung der Beamtenschaft in kleine und kleine Gruppen, ungenügende Gehaltssteigerungen für die Beamten der unteren Befolgsgruppen, auf der anderen Seite dagegen Riesengehälter für die oberen Verwaltungsbürokraten.

Im Lohn- und Gehaltsauschuss ging man beim kommunistischen Antrage, der die lebenswichtigen Forderungen der unteren und mittleren Beamten enthält, zur Tagesordnung über. Da zeigte sich schon eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Das gleiche Bild ist heute bei der Gesamtstimmabgabe zu erwarten. Darum suchten diese Parteien, in öffentlicher Sitzung die Befolgsverordnung zu behandeln. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird die Befolgsverordnung des Magistrats ablehnen. Sie weiß sich in dieser Ablehnung einig mit der übergroßen Mehrheit der Beamten, der unteren und mittleren Befolgsgruppen, die sich nicht eine herabsetzende reaktionäre Befolgsverordnung aufzwingen lassen wollen.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion fordert die Beamten auf, aus dieser Befolgsverordnung die Lehren zu ziehen und in enger Front mit der Arbeiterklasse den Kampf um ihre Lohnforderungen zu führen und zu steigern, zum Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft.

Der 1. Punkt der Tagesordnung sieht vor die Errichtung einer Baubank vor dem Stadthaus III (Schillers Hotel), wozu Genosse Jwala die Feststellung macht, daß dies erst der Anfang eines bereits vorigen Jahres angenommenen kommunistischen Antrages sei. Der Magistrat möge, wie es unser Antrag weiter vorsieht, die Baubank in Baborze und am Steinhofpark (Guldgrube) schnellstens erstellen, da sie gleichfalls ein dringendes Bedürfnis sind. Die Vorlage findet Annahme.

Bau einer gewerblichen Berufsschule. Dazu spricht Genosse Kensch und geht auf die unhaltbaren Zustände ein in bezug von Turn- und Schwimmhallen in unserer Stadt und verlangt, daß man bei der Durchführung des Projekts gleichfalls eine Turn- und Schwimmhalle errichtet. Gegen die Vorlage wird kein Widerspruch erhoben.

Dem vom Städtetag eingerichteten Gutachter-Ausschuss in Beamtensoldatensachen soll die Stadt Hindenburg beitreten. Genosse Wjchla wendet sich gegen den Beitritt, und zwar deshalb, weil die im Gutachter-Ausschuss sitzenden Oberbürgermeister sein soziales Verständnis haben und haben werden bei Fragen, die die untere Beamtenschaft betrifft. Die berufliche Vertretung ist die Beamtenschaft, die Verachtlichung von Beamten durch ihre Dienstbehörde im Interesse der Betroffenen vertreten kann und wird. Der Beitritt wird gegen unsere Stimmen beschlossen.

Der Schaffung einer Magistratsbauratsstelle für das Stadterweiterungsamt wird zugestimmt.

Zum Schreitel man zur Behandlung der kommunistischen Anträge. Der 1. Antrag verlangt, daß der Stadt Hindenburg das gesamte Hauszinssteuerauskommen des Jahres 1928 durch die preussische Regierung, zur Förderung des Wohnungsbaues in städtischer Regie, belassen bleibt. Genosse Paris begründet den Antrag bzw. die Entschuldigungen. Durch diese Mittel wäre die Stadt in der Lage, ungefähr 300 Zweizimmerwohnungen zu bezuschussen. Der Stadtkammerer sagte davon, daß, wenn dem Antrage der Kommunisten stattgegeben werden würde, wir schlechter fahren. Der Bürgerblock, mit Einschluß der Sozialdemokratie, stimmte gegen unseren Antrag.

Verwunderlich ist es wahrlich nicht, denn es galt ferner gegen die Hauszinssteuerpolitik der Reichs- wie preussischen Regierung zu stimmen. Die preussische Regierung verwendet von 1100 Millionen Mark Hauszinssteuer im Jahre nur 422 Millionen Mark für den allgemeinen Wohnungsbau. Der größere Teil wird für den kostspieligen Staatsapparat, wie Schupo, Justiz, Kirche usw., verwendet.

Dem weiteren kommunistischen Antrage auf Ausbau des Wochenmarktplatzes im Stadtteil Baborze wird zugestimmt.

Die Kommunisten verlangen die Einführung einer Wohnungszulage zur Förderung des Wohnungsbaues. Auf Antrag der Sozialdemokraten wird die Vorlage der Finanzkommission überwiesen.

Der Antrag auf Gewährung einer Notstandsbeihilfe für die kommunalen Arbeiter, wie 25 Mark für den verheirateten, 15 Mark für den ledigen Lohnempfänger und für jedes Kind 5 Mark, war Anlaß zu ausfälligen Bemerkungen des sozialdemokratischen Bürgermeisters Franz gegen die Kommunisten. Als der Sprecher der Kommunisten, Genosse Paris, feststellte, daß die Stadtverordnetenfraktion der SPD schon im vorigen Jahre einem kommunistischen Antrage auf Gewährung einer Wohnungszulage die Zustimmung gab, während die sozialdemokratischen Vertreter im Magistrat dort sich dagegen aussprachen. Das brachte Herrn Franz (immer noch Mitglied des Vergarbeiterverbandes) in Rage. Und wenn man da noch von Verrat dieser Leute spricht, dann erst recht glauben sie, durch eine Kommunistenhege diesen Verrat zu verbeden. Damit Herr Franz nicht mehr in so eine peinliche Lage kommt, wie sich für oder gegen die Kommunalarbeiter auszupprechen, spricht er das Recht der Stadtverordnetenversammlung ab, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Wegen diese Ausführungen wandte sich selbst ein Redner des Zentrums und gab in einer gemündeten Form zu, daß es auch Sache der Stadtverordneten sei, sich um die Lebensbedingungen der Arbeiter in städtischen Betrieben zu kümmern. Für den Antrag stimmten Kommunisten und 3 Proleten der Zentrumsfraktion.

Die Forderungen der Arbeitslosen auf Schutzhose, Kleidung, Kohlen wurden brutal vom Bürgerblock abgelehnt. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme, da die Erfüllung dieser Forderungen ungesetzlich sei. Die hierzu gegebene Erklärung der SPD, deckte sich völlig mit der des reaktionären Oberbürgermeisters. Die Arbeitslosen sehen ganz eindeutig, daß dieser bürgerliche Staat und seine Kommune für die Not und das Elend der ausgebeuteten Klasse nichts übrig hat, während Hunderttausende, sogar Millionen für Küstungszwecke, für Offizierspensionen, für die Kirche usw. verausgabt werden. (Schlußbericht folgt.)

Gleiwitz

Stadtteil-Mitgliederversammlungen in Gleiwitz am Mittwoch, dem 7. März 1930 Uhr:

Stadtteil Hüttendiertel im Lokal Miha, Barbarastraße;
Stadtteil Trymnel im „Goldenen Stern“;
Stadtteil Zentrum in der „Stadt Wien“;
Stadtteil Peterdorf im „Felschlößchen“.

Tagesordnung:

1. Politisches Referat. Vertreter der Bezirksleitung.
2. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen. Ferner wird ersucht, die Adressen der Sympathisierenden abzugeben.

Die Betriebszellengenossen nehmen in ihrem Wohngebiet an der Stadtteilversammlung teil.

Die Ortsleitung Gleiwitz der KPD.

Bauern demonstration in Gleiwitz

Der Landbund hatte zur Erreichung der Forderung für die Großagrarien die wertvollen Bauern zu einer Demonstration nach Gleiwitz aufgerufen. Circa 3000 Bauern versammelten sich auf dem Krakauer Platz, um für die Großgrundbesitzer die Kasernen aus dem Feuer zu holen. Der Vertreter des Großgrundbesitzes eröffnete die Kundgebung mit den Worten: „Wir bitten zu Gott, daß er uns den Weg weise aus unserer großen Not.“ Den Abschluß der Kundgebung bildete das „Deutschlandlied“. Die kommunistische Partei fertigte während der Demonstration Flugblätter an und brachte 1000 Stück zur Verteilung. Einen Auszug aus diesem Flugblatt, das die Landbunddemagogie zerlegt und den Kleinbauern die Ursachen ihrer Not zeigt, werden wir gelegentlich veröffentlichen.

Oppeln

Partei-Ortsgruppe Oppeln

Mittwoch 7. März 1930 Uhr Versammlung E. Borstadt (Schützenhaus). — Donnerstag 8. März 20 Uhr Frauenversammlung, Schützenhaus. — Freitag 9. März 19 Uhr Mitgliederversammlung im bekannten Saal.

Saison-Klassen

(Kommunisten-Arbeiterkorrespondenten.)

Mit dem beginnenden Frühjahr werden wieder Arbeiter und Arbeiterinnen von den Arbeitämtern und -Nachweisen zur Landarbeit geschickt. Der Oppelner Bahnhof ist täglich voll von meistens Arbeiterinnen, welche ihr lärgliches Brot auswärts, im Ungewissen, schwer verdienen müssen. In großen Reiseförben hat manchmal ein Duzend seine paar Habseligkeiten zusammengepackt. Einige sind darunter, die mit diesem Leid der Saisonarbeit schon Bekanntschaft haben. Sie müssen wieder fahren, um nicht in der Heimat zu verhungern. Einige murren, wie schlecht wird es uns bei harter Fron gehen, andere sind schon ganz abgestumpft, wollen nicht glauben, daß es ihnen mal besser gehen wird, tun auch nichts zu ihrer Verbesserung, weil sie schon so oft betrogen worden sind. Reulinge Lachen, scherzen,

ne haben die Schwere noch nicht gekostet; andere von ihnen sind traurig, werden sie noch mal wiederkommen, wie wird es ihnen ergehen. Der Transportbegleiter, oft sind es rohe Patrone, verspricht um seiner Kantelne willen, goldene Berge, behält alle scharf im Auge, denn immer findet er nicht so günstige Arbeitskräfte.

Der Aufenthalt am Bahnhof ist eine Qual, langsam vergeht die Zeit, Vorsicht muß aufs Gepäc gelibt werden. Reisende machen Gassen wie auf eine Herde Schlachtvieh usw. Endlich läuft der Zug ein. Drängen, Stoßen, Kreischen — jeder will ein Ruheplätzchen für die noch weite Fahrt, will sein Gepäc handgreiflich verhaften. Der Zug rollt mit den blühigen Arbeitskräften dem Dominium dieses oder jenes Großagrars, Ausbeuters entgegen. Der Blick hat, Parlament, kommt zum Winter wieder zu Mutter.

Kleinrentner in Not. Die Vereine der Kleinrentner, bestehend zum größten Teile aus Rinderbrennstillen, befinden sich in großer Notlage. Die Arbeitslosigkeit bringt es mit sich, daß die Mitglieder nicht mal Beiträge leisten können und oft gezwungen sind, ihre Kolonien aufzugeben. Die Kommunen helfen herzlich wenig, die Provinz, die für allen möglichen Plunder, für geistliche Vereinigungen, Hausbesitzer, Geld verschleudert, stellt sich diesen gegenüber ganz taub. Die Bewegung der Kleinrentner steht noch weit zurück, weil es ihr an den nötigen Mitteln fehlt. Der Provinzialverband Oberschlesien umfaßt 22 Vereine mit 3800 Mitgliedern. Die Zusammensetzung beweist, daß es nicht nur Kleinrentner aus Liebe zum Gartenbau sind, sondern zum Teil, zur Befreiung der wirtschaftlichen Not. Von den Mitgliedern sind: 1900 Arbeiter, 281 Angestellte, 108 Kleinrentner, 301 Kriegsbeschädigte und 282 alleinlebende Frauen.

Auf keinen Fall dürfen diese Vereine ein Opfer der Not werden. Es ist Aufgabe der Provinz, die Bewegung der Kleinrentner finanziell zu unterstützen und vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Wir werden sehen, ob der Landeshaupmann wenigstens 10 000 Mark für eine nützliche Sache bewilligen kann, wenn er die Hauspatrone unnhütweise so gut bechacht hat.

Laband. Versammlung des christlichen Rußland-Delegierten Paulus Böhm. Von einigen Freunden des neuen Rußland war für den 29. Februar in Laband eine Bericht-erstattungsversammlung organisiert worden. Der Saal war rechtzeitig bestellt und vom Wirt aus zugelegt worden. Als nun die Versammlungsbefucher erschienen, brannte im ganzen Gasthaus und auch in den anliegenden Häusern kein Licht. Wie einige Anwesende bemerkten, soll das Licht auf Anweisung der Verwaltung ausgelöscht worden sein. Auch der christliche Betriebsrat soll gedroht haben, daß diejenigen Kollegen, welche an der Versammlung teilnehmen, der Direktion gemeldet würden. Doch alle Sabotage konnte die Abhaltung der Versammlung im schwarzen Laband nicht verhindern. Anwesend waren etwa 90 Kollegen. Die Versammlung wurde deshalb im großen Vereinszimmer bei Kerzenlicht abgehalten. Der Erfolg war ein größerer Absatz von Literatur und etwa 13 Bestellungen auf die „Einheit“. Wir müssen feststellen, daß der christliche Delegierte sehr objektiv und mutig das heutige Rußland geschildert hat. Wir hoffen, daß damit der Rußlandbege von Seiten der bürgerlichen Presse und besonders der „Vollstimme“ ein Damm entgegengeleitet worden ist. Auch die katholischen Arbeiter erkennen mehr und mehr, daß sie sich nicht durch religiöse Bekenntnisse vom gemeinsamen Kampf um besseren Lohn und kürzere Arbeitszeit abhalten lassen dürfen. Auch die katholischen Arbeiter erwachen aus ihrem langen Schlaf und erkennen, daß der Kapitalismus ihr Feind ist.

Reiße. Polizeispiegel-Methoden. Auf Grund von Angaben von Polizeispizeln hatte der sympathisierende Arbeiter Alfred Schubert und Genosse Schidlang Straßengehele über 12,50 bzw. 32,50 Mark erhalten. Da gegen die Straßengehele Einbruch erhoben wurde, fand am 24. Februar die Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Reisse statt. Der Polizeispizel Hillebrand, Mitglied der Knüppel-Kunze-Partei, wußte auf einmal von seinen Angaben, die er auf der Kriminalpolizei gemacht hat, nichts mehr. Auf der Kriminalpolizei erklärte er zu Protokoll, er hätte den Genossen Schidlang mit einem Topf mit roter Farbe auf der Breslauer Straße in der Nacht vom 11. zum 12. November 1927 gesehen. Bei der Verhandlung wußte er nichts davon. Knüppel-Kunze-Leute können sich also gegen Kommunisten alles erlauben. Die Verhandlung ergab ferner, daß Hillebrand gemeinsam mit dem Reisevertreter Ostermeier die von den Rote-Hilfe-Genossen geklebten Plakate, die zur Hoels-Versammlung aufreihen und in welcher die Genossin Traute Hoels sprach, abgekratzt haben. Er räumte sich bei der Gerichtsverhandlung selbst dieses Helldenkens. Der Staatsanwalt ließ gegen Genossen Schidlang sofort die Anklage fallen. Bei dem sympathisierenden Kollegen blieb es auf Grund der Spitzelausagen bei der im Straßengehele festgesetzten Strafe von 12,50 Mark. Spizig war es noch, als die zwei als Zeugen geladenen Polizeibeamten Wenzel und Sudow vor der Verhandlung den Genossen Schidlang fragten, warum sie eigentlich geladen seien. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird vor der Spizeln Hillebrand und Ostermeier gewarnt.

Birken. Nazierammlung. Mit großem Pomp und Trara eröffnete ein Nazi aus Ranzin die Versammlung. Anwesend waren circa 110 Personen. Davon postierten sich 95 Kommunisten und Sympathisierende links, und der kümmerliche Rest, der Referent, der Versammlungsleiter und zwei Herren seiner Sorte verließen am Tisch und betreten scheinbar ihr Palentreuzeimpel. Rechts an der Wand sehen wir drei Mann von dem hierorts bekannten Schützenbund mit seinem Oberhaupt. Auf das Referat näher einzugehen, wäre überflüssig, und schimpfte viel auf die SPD und die Deutschnationalen, ohne daß sich diese Herren, welche bei offener Tür in einem Nebenzimmer saßen, zu Wort meldeten. Genosse Magiera rechnete in der Diskussion gründlich mit den Palentreuzeimpeln ab und forderte die Anwesenden auf, die Internationale anzustimmen, was auch bei den Versammelten Anklang fand. So mancher wird sprachlos gewesen sein, am meisten wohl der Referent Filusch und seine Genossen, daß in der von ihnen einberufenen Versammlung die Internationale gesungen wurde. Die Nazis verließen mit einem läglichen Flakso, das sie wohl nicht erwartet haben, den Saal.

Die Partei muß eine halbe Million für den Wahlfonds sammeln

Wie ist das möglich? Anregungen und Vorschläge: Lösung dieser Aufgabe bringt das Heft 3 des „Parteiarbeiters“, das Anfang März erscheint. Jeder Funktionär muß sich dieses Heft beschaffen. Es ist bei jedem Literaturschmann zu haben.

Waldenburger Bergland

Groß-Waldenburg

Sozialdemokratische Fraktionsarbeit in der Genossenschaft

Am Sonntag, dem 4. März, fand in Weikstein die Vertreterversammlung des Allgemeinen Konsumvereins, S. H. Neu-Salzbrunn, statt, in der u. a. Bericht über die Versammlung mit Freiburg gegeben und die Wahl von fünf auscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern vorgenommen wurde. Der Verlauf der Versammlung zeigte wieder einmal klar, welche Genossen der sozialdemokratischen Genossenschaftsvertreter sind. Ein ungeheurer Entrüstungsturm tobte in ihren Genossen, als der Kommunist Jochmann in den Aufsichtsrat vorgeschlagen wurde. Dasselbe Spiel trieben auch die Freiburger Vertreter der Sozialdemokratie bei den Vorschlägen der kommunistischen Genossen Krause und Krottsch. Die Versammlung wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter auf einige Minuten unterbrochen, damit die sozialdemokratische Fraktion die Möglichkeit hätte, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen. Dies bewies allen übrigen Vertretern, daß die SPD. offene Fraktionsarbeit auch in der Genossenschaftsbewegung leistet, trotzdem sie stets angibt, „neutral“ handeln zu wollen. Nach der Unterbrechung kamen die SPD. Vertreter in den Saal zurück mit der Erklärung, keinen ihrer Vorschläge fallen lassen zu wollen, obwohl sich auch der Geschäftsführer zugunsten der Mitarbeit der Kommunisten ausdrückte. Da die SPD. ihre Vorschläge nicht änderte und keinen Vorschlag rückgängig machte, beantragte Genosse Jochmann, an dritte Stelle den Genossen Reumann-Weikstein zu setzen und die Freiburger Genossen Krause und Krottsch als Vorschläge bei der Wahl zu akzeptieren. Das Abstimmungsergebnis war zugunsten der SPD. ausgefallen. Auf Genossen Krause entfielen bei 78 Stimmberechtigten 34 Stimmen. Immerhin zeigt das Ergebnis, daß nicht alle sozialdemokratischen Vertreter gegen Krause stimmten, weil sie seine Arbeit für die Genossenschaft zu schätzen wissen.

Unter Verschiedenes forderte Genosse Reumann, mehr Mitgliederversammlungen abzuhalten und wandte sich gegen die „Vorgewirtschaft“. Geschäftsführer Thiele, welcher auch den Halbjahresbericht gegeben hatte, erwiderte zum Schluß auf die allgemeinen Beschwerden in der Diskussion. Hierauf fand die rege Versammlung ihr Ende.

Wozu die Beiträge der Bergarbeiter verwendet werden

Ein Bergarbeiter schreibt uns: Wir sehen uns veranlaßt, zu den Zuständen im Gewerkschaftshaus in Centnerbrunn bei Neurode Stellung zu nehmen. Der Bergarbeiterverband gewährte dem Verein „Volkshaus Neurode“ ein zinsloses und nicht rückzahlbares Darlehen von 3000 Mark, um den Geschäftsbetrieb dieses Unternehmens aufrechtzuerhalten. Die Geschäftsführer dieses Unternehmens sind meist Sozialdemokraten, die darauf bedacht sind, recht viel aus dem Unternehmen für sich herauszuwirtschaften, und lassen sich in keiner Weise von ihrem Parteifreund Hoffmann, Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, in ihr Geschäft hineinreden. Der Bergarbeiterverband hat wohl das Geld gegeben, hat aber nichts zu sagen. So ist es denn auch kein Wunder, wenn keine Aussicht besteht, das Geld bei diesem sozialdemokratischen Unternehmen zurückzuerhalten. Dieses Unternehmen brachte es auch fertig, vor kurzem einen christlich organisierten Oberkellner als Geschäftsführer anzustellen. Die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes müssen energig dagegen protestieren, daß ihre Beiträge zu solchen Zwecken verwendet werden.

Erst die „Bauhütte“, dann das Gewerkschaftshaus in Centnerbrunn. Kollegen! Hier gegen die zweifelhafte Verpflanzung eurer Gelder! Fordert ihre Verwendung zu Kampfzwecken!

* Halb erzürnt aufgefunden wurde in Rab Salzbrunn auf der Hauptstraße in den frühen Morgenstunden ein Mann in Arbeitskleidung. Es soll sich um einen gewissen Klinger aus Oberkassung handeln. Man schaffte den Bemühten zum Arzt. Ob es sich hier um ein Verbrechen oder um einen Unglücksfall handelt, ist noch nicht geklärt.

Kontrahent. Anträge zur Erwerblosen-Unterstützung. In der am 28. Februar stattgefundenen Generalvertreterversammlung wurde vom Vertreter Wahl an den Gemeindevorsteher die Anfrage gerichtet, an wem die Verzögerung der Anträge für die Erwerblosenunterstützung liegt. Es wurde mit Recht festgestellt, daß die Schuld nicht die Gemeinde, sondern das Wohlfahrtsamt Waldenburg (Schützenhaus) trägt. Ein enormer Bierwarenauftrag wurde am selben Tage den Antrag stellten, erstellten nach mehreren Wochen Antwort, wonach bei einem der ersten Unterstufungstag auf den 3. Januar, beim zweiten auf den 4. Januar und bei dem dritten auf den 5. Januar lautete. Nachdem die Karenzzeit auf sechs Tage herabgesetzt war, mußte ein neuer Antrag auf Verzögerung der Parteizeit gestellt werden, und nach vier Wochen sind die Betroffenen noch nicht im Besitze des Differenzbetrages. Ja, wenn ein Arbeiter etwas zu zahlen hat, flattert ihm ein Wisch nach dem anderen mit „binnen“ auf den Tisch. 2. Fall: Der Antrag eines anderen Erwerblosen brauchte bis zu seiner Entlohnung vier Monate. Den Vogel abgeschossen haben jedoch die Herren im „Schützenhaus“, als sie zwei Anträge verwechselten, indem sie einen Maurer mit einer Arbeiterin in der fürstlichen Verwaltung und eine Arbeiterin mit einem Maurer verwechselten und auch die Unterstützung verkehrt gezahlt wurde. Man stelle sich diese Konfusion vor. Das Wohlfahrtsamt wird in Zukunft korrekter arbeiten müssen!

Wüstegiersdorf. Rote-Hilfe-Versammlung. Am 1. März hatte die Rote Hilfe zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Der SPD.-Genosse Vogel-Breslau referierte in dem gutbesetzten Saal des Hotels „Zur Sonne“. Genosse Vogel schilderte die Gerichts- und Gefängnisverhältnisse in Sowjetrußland. Meißner hat er es verstanden, die Unterschiede zwischen den Gefängnissen des deutschen kapitalistischen Staates und den Gefängnissen in Rußland zu zeigen. In der Diskussion ergänzte Genosse Jeuner die Ausführungen des Referenten. Im Schlußwort ermahnte der Genosse Vogel die Anwesenden, Solidarität zu üben mit den Opfern der deutschen Klassenjustiz, den politischen Gefangenen, und sich in die Rote Hilfe aufnehmen zu lassen. Mehrere Aufnahmen wurden gemacht und eine Anzahl Broschüren sind verkauft worden. Ebenso wurde durch eine Zellerfassung eine kleine Einnahme erzielt.

Oberes Revier

Kurzus. Am Mittwoch, dem 7. März, 19 Uhr, findet bei Lonzer (Zopfmarkt) in Gottesberg der nächste Kameradschafts- und Kurzusabend statt. Es wird jedem roten Frontlämpfer und Genossen zur Pflicht gemacht, sich an den Kurzusabenden zu beteiligen. Frauen sind mitzubringen!

Landeshut

* Der Leinwandhändler vor Gericht. Wie wir vor einiger Zeit meldeten, hatte der Expedient Wagenknecht die Textilfirma Wehner u. Frahm im Laufe mehrerer Jahre arg bestohlen. Ganze Ballen Leinwand und ganze Rollen Garne im Gesamtwerte von mehreren tausend Mark ließ er mitgehen und verkaufte sie an den Handelsmann Koppe in Riechelsdorf. Dieser wieder verkaufte die Waren weiter, teilweise sogar an Textilgroßhändler. Wagenknecht hat sehr milde Richter gefunden; denn er wurde nur zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung gegen den Handelsmann Koppe, der der Fehllehre beschuldigt wird, findet erst später statt.

Striegau

Aus dem SPD-Unterbezirk. Letzte Mahnung. Alle Ortsgruppen, die bisher die von der USG. im Dezember herausgegebenen Fragebogen noch nicht eingedandt haben, müssen dies sofort erledigen. Die politischen Leiter sind verantwortlich. Die Fragebogen sind an die USG., Adresse Richard Hiller, Falkenhain, Färberstraße 9, sofort ausgefüllt einzusenden.

helm mit Herrn v. Maritz an der Spitze (siehe Turnhalle und Maß) die tonangebende Baggeige spielt? Wir sind gespannt, was diese Seiten der Redaktion der „Vörlitzer Volkszeitung“ bewirken werden. Wird sie nun der Wahrheit die Ehre geben? Wenn nicht, nun wir haben noch mehr auf Lager.

Hagnau

Wie lebt die Arbeiterfrau in Sowjetrußland? Darüber sprach die Genossin Jachne, Breslau in einer öffentlichen Versammlung der SPD. am Sonntagabend, dem 10. März, 20 Uhr im Volkshaus (großes Zimmer). Die Genossin Jachne war persönlich in Sowjetrußland und wird das Leben der russischen Arbeiterfrauen vorzüglich schildern können. Alle Arbeiterfrauen und -mädchen sind zu diesem wichtigen Vortrag eingeladen. Die Parteigenossen erschienen mit ihren Frauen.

Rüffel zum Marsch auf Berlin! Eine ansehnliche Anzahl von Kameraden und Genossinnen haben sich schon jetzt entschlossen, mit zum 4. Reichstreffen nach Berlin zu fahren. Es muß möglich sein, die Zahl der Berlinfahrer zu verdoppeln, daher meldet sich sofort — beim Kam. P. Berntrup, Siegmeyer Straße 29 — wer mit nach Berlin fahren will. Noch ist es Zeit, zeigt den Berliner Genossen, daß auch bei uns im schwarzen Schlesien die Rote Front marschiert.

Aus dem Riesengebirge

* Nächtliches Autounglück. Ein Auto, das sich in der Nacht auf der Fahrt von Riegnitz nach Warmbrunn befand, verlor während der Fahrt in der Nähe von Verbitsdorf eine Versteifungsstange des Motorgeräts. Infolgedessen kam der Wagen ins Schlingern und raste gegen einen Baum. Der im Wagen sitzende Oberkellner Paul Wehlig aus Warmbrunn wurde mit tiefen Wunden und einem Nervenschuß von einem anderen des Weges daherkommenden Auto anverwundet und ins Riechelsberger Krankenhaus eingeliefert. Der Autofahrer, ein Herr aus Warmbrunn, ist mit dem bloßen Schreck davon gekommen.

Briefkasten

Hagnau. Notiz für Konsumversammlung zu spät eingelaufen.

Arbeitersport

1. Kreis-Artisten-Wettstreit

Der 1. Kreis-Arbeiter-Athletenbundes veranstaltete am Sonntagmittag seinen 1. Preis-Artisten-Wettstreit im Volkshaus in Riegnitz. Der Besuch war trotz des schönen Wetters ein guter. Nach einer Ansprache des ersten Vorsitzenden Genossen Bartel übernahmen der Kreisleiter Genosse Ende die Wettstreitleitung. Die Arbeiter waren durchweg als gut zu bezeichnen. Als Kreismeister ging die „Jeron-Truppe“, Artistische Vereinigung Union, Riegnitz aus dem Wettstreit hervor. Auch Sportgenosse Hoffmann-Lannhausen konnte mit gutem Erfolg die Bühne verlassen. Die Ergebnisse waren folgende: 1. „4 Jerons“-Riegnitz 44%; 2. Hoffmann-Lannhausen 43%; 3. „2 Richards“-Görlitz 42%; 4. „2 Heros“-Breslau 42%; 5. „2 Gullbrands“-Waldenburg 40%; 6. Wilhelm Heidrich-Riegnitz 40%; 7. Meyer-Breslau 36%; 8. „2 Rinaldos“-Görlitz 32; 9. „2 Willimanns“-Waldenburg 30.

Breslauer Handballserienspiele am Sonntag

- Männer-A-Klasse:
- 10,10: 7. Abt. — Poseidon, Eichenpark, Fritsch G. Wyremba
 - 10,50: Mochnern — Gandau, L.-G.-B., Riedel-Tschernke
 - 15,10: 5. Abt. — 2. Abt., Oswig, Zulag-Schiller
 - 15,30: Spv. 1925 — 6. Abt., Oswig, Schmaltisch-Fest
- Männer-B-Klasse:
- 9,30: 5. Abt. — 1897, Oswig, Renschin-Fritsch A.
 - 10,40: 8. Abt. — 1. Abt., Oswig, Renschin-Fritsch A.
- Männer-C-Klasse:
- 15,10: 4. Abt. — 2. Abt., Eichenpark, 7. Abt., Guhr-Würfel
 - 15,40: 1. Abt. — Poseidon, Eichenpark, Klose-Gebel
 - 16,10: Nordost — 6. Abt., Oswig, Basler-Bassalig
- Männer-D-Klasse:
- 9,40: Mochnern — 7. Abt., L.-G.-B., Riedel-Tschernke
 - 14,00: 4. Abt. — Gandau, Eichenpark, 7. Abt., Guhr-Würfel
- Jugend-A-Klasse:
- 9,00: 7. Abt. — Poseidon, Eichenpark, Fritsch G. Wyremba
 - 14,00: 5. Abt. — 2. Abt., Oswig, Schmaltisch-Fest
 - 14,30: 1. Abt. — Gandau, Eichenpark, Klose I.-Gebel
 - 16,20: 4. Abt. — 6. Abt., Eichenpark, 7. Abt., Bergander-Sträuel
- Jugend-B-Klasse:
- 8,30: Mochnern — 3. Abt., L.-G.-B., Heider-Klose II
 - 9,30: Poseidon — 7. Abt., Stadion, Richter-Nawarre
 - 10,40: 8. Abt. — Nordost, Stadion, Richter-Nawarre
- Sportlerinnen:
- 10,00: Reulrich — 3. Abt. I, Reulrich, Genärsch-Bräuer
 - 14,40: Eil. Aid. — Einigkeit, Groß Mochnern, Raufsch-Jobian
 - 16,20: St. II — 1921, Oswig, 5. Abt., Wartus-Wallenburg P.
 - 16,40: Bratislawia — 4. Abt., Oswig, Spv. 1925, Schönfeld G. Wallenburg P.

Handball: Donnerstag 22 Uhr Hauptspielauschuss-Sitzung bei Hante, Leuthenstraße 34. Dazu sind geladen: Ein Vertreter von Einigkeit Sportlerinnen, 8. Abt. I, 3. Abt. Jgd., Reulrich II, Bratislawia, Sportlerinnen, 2. Abt. I Jgd., Mannschaftsführer von Mochnern I Männer, vom Spiel 5. Abt. II Jgd. — Mochnern I Jgd., beide Mannschaftsleiter und der Mittelstürmer von 5. Abt. II Jgd. und Jungen, Stürzel 1925 I, Korneff und Laße Gandau und Schiedsrichter.

Arbeiter-Radsfahrer-Verein. Donnerstag 20 Uhr Rennfahrer-Verammlung im Lokal der 4. Abteilung bei Wisorel, Rortschstraße 6.

Geländelauf am 18. März in Gräbtschen. Meldungen dazu müssen bis 18. März bei Gg. Trupple pünktlich eingereicht sein; Radmeldungen zwecklos. Startnummernausgabe erfolgt in der Umkleekabine. Auf Wunsch wird für Männer noch 1500-Meter-Lauf eingelegt.

Strehlen. Bezirksrat der Arbeiter-Radsfahrer. Am Sonntag tagte im Gewerkschaftsheim der Bezirksrat der Arbeiter-Radsfahrer. Erschienen waren 15 Delegierte aus 16 Ortsgruppen, zwei Ortsgruppen waren nicht vertreten. Bezirksleiter Genosse Andraezza gab einen Bericht über die Tätigkeit des Bezirksverbandes. Der Bezirksrat hatte eine Zunahme von ungefähr 100 Mitgliedern. Die Ortsgruppenzahl hat sich von 11 auf 16 erhöht. Es konnte festgestellt werden, daß die sportliche Tätigkeit im Bezirk gute Fortschritte gemacht hat. Genosse Manusch als Mitglied der Leitung erspaltete einen Bericht über die Entwicklung des Ganges S. Für das verlossene Jahr ist ein Mitgliederzuwachs von 1500 zu verzeichnen. Unsere Aufgabe muß es sein, sich mehr denn je der Jugend zu widmen. Bezirksleiter Andraezza, der ausführlich über die Anschaffung von Radsfahrern sprach, machte den Delegierten zur Pflicht, dahin zu wirken, daß endlich einmal von den Kommunen geordert wird, für bessere Radsfahrwege zu sorgen. Genosse Manusch sprach noch ausführlich über das „Frischauf“-Haus und forderte die Mitglieder auf, die Räder nur von unserem eigenen Unternehmen zu beziehen. — In den Bezirksrat wurden gewählt: als Bezirksleiter Andraezza, Bezirksportleiter Richard Stiller, Jugendleiter Petzart. Als Revisoren wurden Füller-Rünsterberg und Ruppel-Toppendorf gewählt. — Am 20. Mai Bezirksportfest in Strehlen. Am 18. Mai Bezirkssternfahrt nach Wald-Reudorf. Nächster Bezirkstag in Lappendorf.

Glogau. Jugendleiterkursus. Am 14. und 15. April veranstaltet der 8. Bezirk im Arbeiter-Turn- und Sportbund in Glogau einen Jugendleiterkursus.

Niederschlesien

Görlitz

Spaß. Ein Hofbesitzer R. aus Charbow erlaubte sich einen Spaß, der sicher die Illusionen vieler Besitzer von alten Leinwandmärkten zunichte machen dürfte. Die Mitglieder der „Interessengemeinschaft von Weltkriegsgeld“ wurden aufgefordert, die Kammer der in ihrem Besitze befindlichen alten Leinwandmärkte sofort einzuliefern, da diese mit 10. v. H. aufgewertet würden. Der Hofbesitzer R. teilte mit, daß er noch 450 Stück von diesen seinen Dingen habe und fragte an, was damit werden solle. Man gab ihm den Rat, sofort die Kammer einzuliefern, was auch prompt ausgeführt wurde. Einige Tage darauf erhielt er die Nachricht, daß die Kammer registriert fand, man müsse er aber noch 66 Reichsmark einzuliefern. R. schrieb darauf folgenden Brief:

„Bestehend ein alter Leinwandmarkt, der am 1. Dezember von Ihnen mit 100 Reichsmark bezahlt wird. Ziehen Sie sich die 66 Reichsmark für die Aufwertung aus davon, und die noch übrigen 35 Reichsmark behalten Sie für Ihre Mühe!“

Der alte Leinwender kam „unverwertbar“ zurück, und R. legte ihn stillvergibt wieder zu den übrigen. Durch diesen Vorfall wird mancher, der an eine Aufwertung geglaubt hat, von seiner Illusion befreit sein. Die Versammlungen dieser Vereinigung sowie die Mitgliedschaft in ihr sind lediglich zur Unterhaltung einiger verträglich erfindungen bestimmt. Zum Aufwerten eurer Spargelder, die in der Inflationzeit verloren gingen, sind angeblich keine Mittel vorhanden, aber zur Verteilung dunkler Schiebereihergebnisse und Unterstützung der Agrarier und der Kapitalisten werden Mittel aus den Steuererlösen, die in die hunderte Millionen gehen, hinausgeworfen. Deshalb hinweg mit solchen Vereinigungen, hinweg mit der Bürgerlistregierung! Hinke in die Fremde aller Ausgebeuteten zur Errichtung eines Arbeiter- und Bauernstaates.

Kommunales Höhe Streifenführer aus dem Kreise Rothenburg etc.

Die kommunistisch-kommunistische Fraktion einer Schilbbürger-Gesellschaft. — Mangel an geistiger Qualität.

In der Nr. 52 der „Vörlitzer Volkszeitung“ vom 1. März wird unter obiger Überschrift ein angeblich aus dem „Exilier Volkswillen“ entnommener längerer Artikel wiedergegeben. Dazu wird uns von der kommunistischen Gemeindevorstandsfraktion in R. o. e. s. geschrieben: Die ganze Aufmachung des Artikels verrät, daß er bei den halbigen Wahlen dazu dienen soll, für die Unfähigkeit der Kommunisten, sozialpolitisch im Sinne der Arbeiterklasse zu wirken, zeugen soll. Doch außer alte Vörlitzer Laune, an ihrer Spitze Herr S. Baumgart, mit dem Klatsch und Tratsch leben, ist wohl alles bekannt, daß sie über einen solchen Mangel an geistiger Qualität zeigt, und so weiter. Es ist nur noch Scherzprodukt fremder Leute abzugeben, um damit ihre schandlichen Schicksale zu treiben, ist mehr denn „Vörlitzer Laune“, es ist progressive Paralyse, zu beachtlich fortgeschritten.

Gehirnschwund und allerhöchste Zeit, den Nobelpreisträger für Medizin, Herrn Professor Wagner, Wien, zu konsultieren, um vielleicht noch einmal vor vollständiger Blindheit gerettet zu werden. Worum handelt es sich? Um die Auflösung des Gutsbezirks Roes und nicht des Gutsbezirks Rothenberg, und die Eingemeindung der Gemeinden Roes und Horkersdorf zur Stadt Rothenberg, wie es in dem Artikel „Volkszeitung“ steht. Nach den Anweisungen des Ministers des Innern Grzeszinski trafen während dieser Eingemeindungen der Gutsbezirke zu den Gemeinden alle übrigen Eingemeindungstragen zwischen den einzelnen Orten, aus die Durchführung der Auflösung der Gutsbezirke in so kurzer Zeit nicht noch mehr zu erwidern. Die Sachlage war also ganz klar und eindeutig. Die Pläne des sozialdemokratischen Landrats Herz lauteten also auch nur auf Eingemeindung des Gutsbezirks Roes, teils nach Rothenberg, teils nach Roes. Nach der „Volkszeitung“ hat die kommunistische Fraktion nicht etwa die Eingemeindung des Gutsbezirks in die Kreisstadt, wie es eine Selbstverständlichkeit sein müßte, vielmehr verlangt diese sonderbare Schilbbürgergesellschaft in einer öffentlichen Einwohnerversammlung die Eingemeindung der Stadt Rothenberg in den — Gutsbezirk! Und eine solche offenkundige Lüge, der der Stempel der Unwahrheit auf der Stirn geprägt ist, mag man seinen Lesern als politische Weisheit zu verkaufen! Es war die Gemeindevorstandsführung am 2. Februar, in der die Eingemeindung des Gutsbezirks Roes auf der Tagesordnung stand. Der sozialdemokratische Landrat Herz selbst war zugegen. Zahlreiche Zuhörer, unter ihnen der Vorsitzende der SPD. von Rothenberg, waren Zeugen der kommunistischen Ausführungen zu diesem Punkte gewesen. Nach dem Vorschlage des Landrats sollte der wertvollste, freierbringende Teil des Gutsbezirks, darunter die Gebirge (welche nebenbei bemerkt eine Insel in der Gemeinde bilden) zur Stadt Rothenberg kommen, während ausgerechnet ein Teil des Gutsbezirks Rothenberg, welcher durch den noch zu beginnenden Straßenbau eine ungeheure Last bedeutet, zur Gemeinde Roes geschlagen werden sollte (Roes ist reine Arbeitergemeinde und Rothenburg Spießbürgerstädtchen). Mit Recht wies der kommunistische Sprecher darauf hin, daß solange nur die Eingemeindung des Gutsbezirks zur Sprache käme, die Gemeinde das Anrecht auf die ungeteilte Zuteilung derselben habe. Derselben Meinung waren auch die halbamtlichen SPD.-Gemeindevorsteher am Orte und 90 Prozent der sozialdemokratischen Wähler. Trotzdem die Redaktion der „Volkszeitung“ sich bei den eigenen Parteigenossen, dem Landrat Herz und R. Müller erkundigen konnte, ob denn die fingierte Darstellung des „Exilier Volkswillen“ auf Wahrheit beruhe, brachte sie vorbestaltlos den ganzen Artikel ab, getrennt dem Motto: Immer feste mit Dreißig werfen, es bleibt doch etwas hängen.

Weitere Worte würden die Wirkung dieser Schamstempel tatsächlich nur abschwächen.

Aber, wenn's gefällt, wir spielen zu einem Lächeln auf. Wie ist es denn um die „volksdienliche“ Kommunalspolitik nach an das mehr als plumpe Scherzprodukt mit abgedruckten der SPD. in Rothenburg O. O. befehligt? Immerhin sich Müller u. Gen. Gehirnschwund und dergleichen mehr der vergangenem Rädermeisterwahl? Der Kunde geschlossen mit der Rechten für die Bewilligung einer Bürgerliste für den beständig zuwachs, in dem der Stahl-

Gesamt

muss jede Ortsgruppe dazu Stellung nehmen, wann und wie sie im März die Presseverträge durchzuführen will. Niemand darf sich dieser Ehrenpflicht entziehen! Als Großverträge kommen in Frage: 10./11., 17./18. und 24./25. März. Wir erwarten, dass alle Ortsgruppen dementsprechende Beschlüsse fassen und

an den Verlag der „N.“ mitteilen!

Profitinteressen bestimmen die Wirtschaftspolitik

Die gestrige Reichstagsführung hatte folgenden Verlauf: Der Volksparteiler Kaumer erwartet von den Sozialdemokraten, die doch jetzt in die neue Regierung eintreten wollen, ein positiveres Wirtschaftsprogramm. Er vergibt, dass die SPD. jetzt vor den Wahlen noch gezwungen ist, Agitationsreden halten zu lassen. Er singt ein Klagestück über die schlechte Lage der deutschen Unternehmern. Der Landwirtschaft müssten noch weitere steuerliche Erleichterungen gewährt werden. Meyer-Berlin (Dem.) übt sanfte Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung.

Für die kommunistische Fraktion spricht Genosse Koenen: Die Bedeutungslosigkeit des Wirtschaftsministeriums erwacht aus der Tatsache, dass die Wirtschaft in Deutschland nicht vom Staat, nicht von der Öffentlichkeit, nicht von der Allgemeinheit geleitet und beeinflusst wird, sondern von den großkapitalistischen Kräften außerhalb dieses Parlaments und dieses Ministeriums. Auch der Unternehmer Kaumer hat kein Wort dafür gefunden, dass gerade die Betriebe, über deren wirtschaftlichen Ertrag er sich äußerte — Siemens und Halske, Siemens-Schudert usw. — wegen der Lohnforderungen einer qualifizierten Arbeitergruppe jetzt ihre Betriebe schließen. Die Arbeiterchaft darf nicht an die sozialdemokratische Mär glauben, als ob heute ein anderes Deutschland wäre, in dem die Unternehmer durch Regierungsgewalt in die Zange genommen werden könnten. Die SPD. hat auch sonst ihre weitgehende Zustimmung zu diesem Staat und seine Wirtschaftspolitik zum Ausdruck gebracht. Es ist bezeichnend, dass in der jetzigen Zeit der Hochkonjunktur die Sozialdemokratische Partei neben einigen kleinen Fragen und Wünschen keinen einzigen Antrag zu den Wirtschaftsfragen zu stellen hatte. Genosse Koenen untersucht mit eingehendem Material die Lage der Unternehmer in Deutschland. Dividenden von 10 bis 20 Prozent sind an der Tagesordnung. Dazu kommen noch die ungeheuren Profite, die nicht in Form von Dividenden zur Auszahlung gelangen. Die Gewinne der letzten ein- einhalb bis zwei Jahre waren seit der Kriegszeit die höchsten. In engeren Kreise sprechen die Direktoren ganz offen aus, dass in diesen letzten ein- einhalb bis zwei Jahren viel Geld verdient worden ist. Trotzdem wenden sich neben den Großindustriellen gerade auch die großen Banken jetzt dagegen, dass den Arbeitern Lohnhöhungen gewährt werden.

Wenn es jemals eine Zeit der Selbstherrlichkeit der großen Industriekapitäne gegeben hat, dann ist es die gegenwärtige Zeit. Die privatkapitalistische Profitwirtschaft beherrscht den Staat, nicht umgekehrt. Gegenüber der wertaktiven Bevölkerung ist sich auch die Bourgeoisie, die hier so was wie eine Regierungskrise ausgeführt hat, vollkommen einig. Auch die Sozialdemokraten wollen die Arbeiter glauben machen, dass der Bürgerkrieg wirklich zerfallen sei. Tatsache ist aber, dass von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen draußen in den Wirtschaftskämpfen, in den großen Streikbewegungen die Bürgerfront so fest und geschlossen dasteht, wie nie zuvor. Nur für den getrennten Aufmarsch im Wahlkampf hat man sich gegenseitig Agitationsfreiheit zur Verschwindung der Wähler gesichert. Genosse Koenen geht ausführlich ein auf die Zusammenhänge der Erhöhung der Eisenpreise, in der alle Parteien in völliger Einmütigkeit hinter den Kulissen zusammengearbeitet haben. Die Volkspartei tritt gegenwärtig mit einem liberalen Mantelchen auf. Die Zollerhöhungen, mit denen die Kosten des Notprogramms beglichen werden sollen, werden erneut einen starken Stachel für das Anwachsen der Teuerung in Deutschland sein. Während die Preise in Amerika und in England zurückgehen, beginnt in Deutschland trotz aller Erklärungen der Regierung eine neue Teuerungswelle. Die Arbeiter müssen einsehen, dass nur durch den Klassenkampf auch über die Wahlen hinaus die Wirtschaftspolitik des Bürgerblocks vernichtet werden kann.

Nach der Rede des Genossen Koenen ruft von der Tribüne eine Frau laut in den Saal: „Wo bleibt das Liquidationschädengesetz? Warum nehmen Sie uns jede Möglichkeit, weiter zu leben? Das ist eine Ungerechtigkeits!“ Diese Rufe werden von der kommunistischen Fraktion mit stürmischem Beifall unterstützt. Da der Vizepräsident Esser hilflos um sich schaut, rufen ihm unsere Genossen zu: Herr Präsident, es ist keine Pöllenmaschine da, es ist ganz ungefährlich! „Aber wenn es noch lange dauert, kommt auch die Pöllenmaschine noch!“ ruft Genosse Jadasch fest. Die Frau wird von einem Diener von der Tribüne entfernt.

Der Panzerkreuzer ist bewilligt!

(Fig. Draht.) Berlin, 6. März.

Zu der Sitzung des Haushaltsausschusses vom Montag wurde die Aussprache über den Marineetat fortgesetzt. Der Marineleitung wurde von der SPD. der Vorwurf gemacht, dass auf den Seelarten von 1927 immer noch die alten Hoheitszeichen ständen. Außerdem würden als Lehrer in den Marineschulen nur deutschnationale Lehrer verwendet. Auf den letzteren Vorwurf gab der Admiral Benker überhaupt keine Antwort. Eine längere Debatte löste die von der Marine-

leitung betriebene Wertpolitik aus. Auf den Marineverleuten werden niedrigere Löhne gezahlt als in der Privatindustrie. Die Wertpolitik überwacht auch während der Arbeitszeit die Arbeiter. Die Einstellung der Arbeiter werde nicht durch die öffentlichen Arbeitsnachweise durchgeführt. Kennzeichnend für die Wertpolitik ist der Fall eines Heizers, der einen Kessel durchglühen ließ und deshalb 7000 Mark in Raten von seinem 86 Mark betragenden Wochenlohn abtragen sollte. Dann wurde über die Einzelpostionen des Marineetats abgestimmt. Alle kommunalistischen Anträge, die der Genosse Reddermeyer begründete, wurden von allen Parteien, auch von der SPD. abgelehnt. Alle sozialdemokratischen Anträge, für die nach Ablehnung der kommunalistischen Anträge auch unsere Fraktion stimmte, verfielen demselben Schicksal. Damit wurde auch die erste Rate des Panzerkreuzers, das etwa 80 Millionen Mark kosten wird, bewilligt. In der Öffentlichkeit ist aber nicht genügend bekannt, dass nach diesem ersten Panzerkreuzer noch drei andere automatisch mitbewilligt werden, so dass die deutsche wehrfähige Bevölkerung für die kommenden Jahre die Summe von 480 bis 500 Millionen Mark für die Marine aufzubringen hat.

Aus aller Welt

Kunsthändler Lippmann verhaftet

Wegen eines Kunstbleistifts wurde in Berlin der 45 Jahre alte Kunsthändler Friedrich Wilhelm Lippmann, ein Sohn des vor mehreren Jahren verstorbenen Direktors des Berliner Kupferstichkabinetts, Geheimrats Dr. Friedrich Lippmann, von der Kriminalpolizei verhaftet. Gleichzeitig wurden in München der dort wohnhafte, 33 Jahre alte frühere Berliner Kunsthändler August Meyer festgenommen und ein wiederholt vorbestrafter, der Holzgel seit längerer Zeit bekannter Einbrecher, der 28 Jahre alte, beschäftigungslose Hermann Jahn aus Cobolzburg. Die drei haben zusammen mit drei weiteren Personen, dem Selbstkrankeindreher Ernst Stalle, einem Armin Schmidt und einem Chauffeur namens Günther, vor etwa vierzehn Tagen in der Kapelle des Schlosses Cobolzburg bei Fürth einen großangelegten Diebstahl ausgeführt. Sie entwendeten zwei Altargemälde, die die „Heilige Margarethe“ und die „Heilige Barbara“ auf damastertem Goldgrund darstellten. Die Bilder sind von außerordentlich großem Werte.

Der Tegeler Schießplatz in Flammen

Sonntag Mittag bemerkten Beamte der Strafanstalt in Legel, dass auf dem Tegeler Schießplatz das Heidegras in großer Ausdehnung in Flammen stand. Der Brand griff mit großer Schnelligkeit um sich und hatte bereits wertvollen Hochwald erreicht, als die Feuerwehr herbeieilte. Es wurden zunächst von allen Seiten Gräben aufgeworfen und den Flammen dadurch der weitere Weg

abgeschnitten. Ein fünf Morgen großes Stück des schönen Hochwaldes war allerdings bereits vom Feuer zerstört worden, außerdem drei- vierhundert Morgen Grasbestand. Das Feuer ist durch die Unvorsichtigkeit eines Raufahrers entstanden, der eine brennende Zigarette weg- geworfen hatte.

Sprengstoffunglück in Neurode

Ein schweres Sprengstoffunglück ereignete sich im Betriebe des Kurtschachts in Hansdorf. Der Lehrhauer Gottschlich aus der Kolonie Reeben war im Begriff, ein großes Bergstück zu zerlegen. Dabei explodierte eine in dem Hohlraum noch vorhandene Dynamitpatrone. Dem Unglücklichen wurde das Gesicht gefährlich verletzt, und er trug auch andere schwere Verletzungen davon. Er mußte in hoffnungslosem Zustande in das Knappschaftszarell übergeführt werden.

Banditenüberfall in Schoppitz

Drei oder vier Banditen versuchten in einer der letzten Nächte in die Renardsche Brauerei einzudringen. Als ihnen der Wächter mit einem Hunde entgegentrat, feuerten sie mehrere Revolvergeschosse auf ihn ab und verletzten dabei den Wächter und seinen Hund. Durch die Schießerei waren die Einwohner der umliegenden Häuser aufgeschreckt worden, so daß die Banditen die Flucht ergriffen.

Lebensüberdruß wegen Zahnschmerz. Ein 18jähriger Arbeiter in Berlin beging in seiner Wohnung einen Selbstmordversuch durch Einatmen von Leuchtgas, er konnte aber von der Feuerwehr und von einem Arzt wieder ins Leben gerufen werden. Das Motiv des Selbstmordversuchs war heftiger Zahnschmerz.

Die rechte Hand abgefaßt. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Gute Ulrichshof im Kreise Prenzlau. Ein Arbeiter, der auf dem Freisägen beschäftigt war, glitt aus und stürzte so unglücklich in die Säge, daß ihm die rechte Hand glatt abgeschnitten wurde. Der Verunglückte mußte nach Anlegen eines Notverbandes ins Krankenhaus überführt werden.

Eine Wolsjagd. Eine regelrechte Wolsjagd fand vor einigen Tagen um die Mittagszeit auf dem Ketzner Exerzierplatz in Sora statt. Hier sind zurzeit Jahrmärktbuden aufgestellt. Ein einer wandernden Gesellschaft gehörender amerikanischer Präriewolf war aus dem Käfig ausgebrochen und verschwand in den Anlagen vor dem evangelischen Vereinshaus. Dort wurde er, nachdem er einen ihn verfolgenden Angestellten erheblich in die Hand gebissen hatte, gefasst und in die Gefangenschaft zurückgeführt.

Wenn Fett explodiert. In der Wohnung eines Postkassens in Berlin explodierte ein Topf mit stehendem Fett. Die Gewalt der Explosion war so heftig, daß drei Wandbänke eingedrückt wurden und die Feuerwehre gerufen werden mußte. Die Bewohner kamen mit dem Schrecken davon. Nur die Frau des Postkassens erlitt leichtere Handverletzungen.

400 000 Reichsbahnarbeiter in Bewegung

Riesige Gewinne — niedrige Löhne

Gestern meldeten wir die Wächter der Reichsbahnverwaltung, die Forderungen der Eisenbahnergewerkschaft abzulehnen und den Konflikt mit Hilfe des Schlichtungsapparates zu erledigen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Arbeiter nach der Weisung der Verwaltung tanzen werden. Schon deshalb nicht, weil die Geschäftslage der Reichsbahn durchaus eine Erfüllung der gewiß sehr bescheidenen Forderungen ohne weiteres zuläßt. Nachstehend seien die Verhältnisse bei der Bahn näher geschildert.

Geschäftslage der Reichsbahn.

Wie ist die Geschäftslage bei der Reichsbahn? Die Unterlagen für die Beurteilung derselben werden von der Generaldirektion der Reichsbahn unterbreitet und sind deshalb mit Vorzicht anzunehmen. Jetzt steht, daß die letzten Jahresabläufe der Reichsbahn den Nachweis für riesige Reingewinne erbracht haben. Trotz der Summen, die von der Reichsbahn zu den Reparationslasten aufzubringen sind, betragen die Uberschüsse Hunderte von Millionen. Das Rekordjahr 1927, wie es der Generaldirektor Doppmüller bezeichnete, hat nach den Angaben des Eisenbahnkommissars eine Betriebseinnahme von fünf Milliarden erbracht. Das bedeutet gegenüber den Einnahmen des Jahres 1926 ein Mehr von rund 10 Prozent. Auch für das Jahr 1928 schätzt der Kommissar bei Weiterbestehen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage die Einnahmen der Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn eben- falls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird nun aber sofort von der Generaldirektion betont, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 mit sehr erheblichen Mehrbelastungen zu rechnen habe, so u. a. mit den erhöhten Reparationsleistungen. Auch erwähnt man eine eventuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter, erklärt aber zugleich, daß damit neue Tarifserhöhungen vorgenommen werden müßten. Unter keinen Umständen will die Reichsbahndirektion verzichten auf eine Erhöhung der Uberschüsse, die im Jahre 1927 ungefähr eine Milliarde betragen. Wie in der Vorkriegszeit die Reichsbahn ebenfalls auf fünf Milliarden. Bei diesen Feststellungen wird

Arbeitszeiten das wichtigste Instrument. Jede Arbeitsveränderung, auch wenn sie nur wenige Minuten beträgt, wird registriert. Die Auswertung einer Solomasse, wozu in der Vorkriegszeit bis zu 100 Tage gebraucht wurden, wird jetzt in 30 bis 40 Tagen ausgeführt. Nicht nur in den Werkstätten wird das letzte aus dem Arbeiter herausgepresst, sondern auch im Betrieb und Verkehr. Lassen wir den Hauptverband des Einzelverbandes hierzu sprechen. In seinem Geschäftsbericht 1922/23 schreibt er:

Die Arbeit des Maschinenstellers auf dem Steinkohlwerk ist schon damit in einer Weise festgelegt, daß diesem kaum Zeit zum Nimmens bleibt. Jede Bewegung des Personals wird beobachtet, um schließlich bei dieser oder jener Bewegung den Bruchteil einer Sekunde Arbeitskraft herauszuholen.

Ueber die Arbeit im Rangierdienst wird gesagt:

„Stetig verfolgt die Stoppuhr den Güterbedenarbeiter bei seiner schweren Arbeit und die Zeitstudienkommission stellt fest, daß trotz der größten Anspannung bei dieser oder jener Bewegung des Güterbedenarbeiters noch launlos viele Sekunden oder gar nur Bruchteile von Sekunden erspart werden können. ... Verhältnismäßig werden dort die Stützstellen gefüllt mit der Begründung, daß die Nebenbedienste zu hoch sind.“

Zu den Verhältnissen in der Bahnwartung wird bemerkt:

Schon macht sich bemerkbar, daß auch der einzelne Kottenarbeiter, die ganze Kotte, von dem Betriebsingenieur mit der Stoppuhr in der Hand umkreist werden, und auch hier werden Bruchteile von Sekunden bei dem Schlag der Stoppuhr für die Verwaltung gesucht.“

Zusammenfassend heißt es in dem Bericht des Vorstandes, daß durch die Umkehrung des Betriebes sowie des Arbeitsverfahrens die Leistung bis zu die Grenze des Möglichen gesteigert wird. Daß die Reichsbahnverwaltung jede Mitwirkung der Betriebsvertretung ausschalten will und damit auch schon Erfolg gehabt hat, bedarf noch besonderer Erwähnung.

Demut aus der Vergangenheit

So die Verhältnisse bei der Reichsbahn. Sie haben eine tiefgehende Empörung bei den Eisenbahnern hervorgerufen. Es steht fest, daß auf dem Wege der Verständigung und des Entgegenkommens, den die Reformisten vorschlagen, keine Besserung der Lage der Eisenbahner geschaffen werden kann. Die Eisenbahner wollen sich der Vergangenheit erinnern. Was sagten die reformistischen Führer nach dem Eisenbahnerkampf im Jahre 1922, nachdem ihnen von dem damaligen Reichstagspräsidenten das Kompliment gemacht wurde, daß sie die Interessen des Staates und der Gesellschaft über alle Sonderinteressen gestellt hätten? Es war die gleiche Theorie, wie sie heute in verführerischer Weise von den Reformisten vertreten wird, nämlich die der Mitbestimmung, der „Gleichberechtigung“ der Arbeiter bei der Gestaltung ihrer eigenen Verhältnisse, die Theorie von der Wirtschaftsdemokratie, von der Verständigung mit dem Kapital. Die Opposition, die die Folgen einer solchen gefährlichen Politik voraussah und die Kollegen warnte, wurde von den reformistischen Führern als „Häresenprediger“ hingehalten und zum Teil aus dem Verbande ausgeschlossen. Gleichzeitig schrie aber auch die Bürokratie nach der geschlossenen Front der Eisenbahner, die notwendig sei, um den abgelehnten Maßnahmen der Reichsbahndirektion Einhalt gebieten zu können. Die wenig die Reformisten auf eine wirkliche Kampffront setzten, hat sich bei allen Kämpfen der Eisenbahner gezeigt.

Besonders charakteristisch ist das Verhalten der Reformisten bei der wissenschaftlichen Lohnbewegung des vorigen Jahres. Ihr Verlangen, ihr Endergebnis hat die Eisenbahner stark enttäuscht. Der Kampf der Eisenbahner um bessere Lohnverhältnisse seit dem Jahre 1922 ist eine Kette von Niederlagen. Jetzt stehen über 400 000 Arbeiter der Reichsbahn in einer Lohnbewegung. Es besteht kein Zweifel darüber, daß dieser Kampf die Grundfragen des Klassenkampfes aufrollen muß.

Soll der kommende Kampf der Eisenbahner nicht das gleiche Schicksal erleiden wie die verfallenen Bewegungen, so gilt es, mit aller Macht die Mobilisierung der Eisenbahner zu betreiben. Aufgabe der Eisenbahner hierbei ist es vor allem, die kleinbürgerliche Illusion der Reformisten über die sogenannte Einheitsfront mit der Bourgeoisie zu zerstreuen.

Am die Lohn-erhöhung im Baugewerbe!

Hungerlöhne durch Schiedspruch — ausreichende Löhne durch Kampf!

1. Juni 21. März läuft für das gesamte Baugewerbe in Schlesien der Lohn- und Arbeitsvertrag ab. Dieser Tarifvertrag, der auf dem langwierigen Wege von Verhandlungen gegen den Willen des größten Teils der Bauarbeiter zustande kam, und nur eine minimale Lohn-erhöhung von einigen Pfennigen brachte, hat allen im Baugewerbe beschäftigten den Beweis geliefert, daß auf dem Wege der Verhandlungen und Schlichtungsinstanzen keine nennenswerten Erfolge erzielt werden können. Am stärksten interessiert an dieser Bürgerfriedenspolitik waren die reformistischen Bürokraten und Funktionäre, die getreu den Richtlinien des Bundesvorstandes jede Abstimmung über Kampfmaßnahmen für bessere Löhne diktorisch verhinderten. Durch den Reichstagsvertrag haben es ja die Bundesvorstände fertiggebracht, den Frieden für das Baugewerbe zu verewigen, indem es im § 12 Absatz 1 des Reichstagsvertrages heißt:

„Streiks, Ausperrungen oder sonstige Kampfmaßnahmen sind unzulässig vor Beginn oder während der Dauer des Schlichtungsverfahrens sowie nach Abschluß dieses Verfahrens nach bindender Entscheidung.“

Da die Kraft der Bauarbeiter in den Gewerkschaften nicht ausreichte, um über die Köpfe der reformistischen Führer und trotz ihrer Sabotage den Vorschlägen der Opposition zu folgen und die günstige Baukonjunktur im Jahre 1927 auszunützen, um den Kampf um bessere Löhne zu führen, mußten sich die Bauarbeiter gefaßt lassen, daß sie bei Hungerlöhnen und Antreiberregiment ungeheure Profite für die Unternehmer erzielten. Durch kurzfristige Ausfühungsverträge wurden die Arbeiten schnell fertiggestellt, so daß der größte Teil der Bauarbeiter selbst von dieser ab 1. Oktober in Kraft tretenden Lohn-erhöhung von 2 Pfennigen die Stunde wenig oder fast gar nichts bekamen, da ja der größte Teil Anfang oder Mitte Oktober bereits erwerbslos wurden. So ging ein Jahr einer günstigen Baukonjunktur dahin, ohne Kampf um wesentliche Verbesserungen.

Eine neue Saison steht den Bauarbeitern bevor. Selbst wenn die Baukonjunktur nicht so günstig sein sollte wie voriges Jahr, können

die Bauarbeiter bei mütigen Vorköhen einiges erreichen. Erschwert wird die Lage allerdings dadurch etwas, weil auf dem Arbeitsmarkt des Baugewerbes das Angebot von Arbeitskräften besonders groß ist. Durch die Nationalisierung in der anderen Industrie hat sich die Zahl der Erwerbslosen katastrophal vergrößert, und dadurch ist ein weiterer Zustrom an Arbeitskräften auf dem Bauplätze zu verzeichnen.

Neue Lohnverhandlungen müssen auf Grund der Kündigung des Lohn- und Tarifvertrages eingeleitet werden. An den Kollegen der einzelnen Zehntausende des Baugewerksbundes und des Zentralverbandes der Zimmerer wird es jetzt liegen, soweit das noch nicht geschehen ist, in den nächsten Mitgliederversammlungen Stellung dazu zu nehmen und dort ohne weiteres im voraus den reformistischen Verhandlungsstrategen zu sagen, was gefordert werden muß und wie es zu erreichen einseitig werden müssen, um bei ungünstiger Baukonjunktur trotzdem eine ausreichende Lohn-erhöhung zu erzielen.

Die Kollegen in Waldenburg und Schweidnitz haben nach den Vorschlägen der Opposition bereits ihre Anträge auf 25 Pfennige Stundenlohn-erhöhung für Bauhandwerker angenommen und die Verringerung der Differenz zwischen den Löhnen der Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter auf 10 Pfennige unter dem Maurerlohn gefordert. Die Kollegen des Vertragsgebietes Ost- und Westpreußen müssen dafür eintreten, daß die Differenzierung zwischen geübten und un-geübten Bauhilfsarbeitern verschwindet, um dadurch die Möglichkeit von sogenannten Ganztagslöhnen zu beseitigen.

Mit der Frage der Lohn-erhöhung ist auch die Frage der Arbeitszeit wichtig. Nicht umsonst hat der Reichsarbeitsminister Brauns auf Grund des § 6 Absatz 1 des Arbeitszeitgesetzes die Bundesregierung ermächtigt, für die Zeit vom 15. April bis 15. November eine tägliche Arbeitszeit von neun Stunden im Baugewerbe festzusetzen. Deshalb, Kollegen! Nehmt Stellung zu diesen brennenden Fragen, seid auf dem Posten, damit ihr nicht wieder wie im vorigen Jahre über's Ohr gehauen werdet! Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder durch Reformismus, Passivität und Verhandlungsstrategie in den Abgrund — oder durch Klassenkampf, Aktivität vorwärts zum Sieg!

Freiwerkwirtschaftlicher Sieg bei der Eisenbahn

Die bisherigen Betriebsrätemahlen bei den Eisenbahnern haben eine schwere Niederlage der Christlichen und Kirch- und Dunder'schen Gewerkschaften ergeben. Nach den bisherigen Feststellungen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands verteilen sich die Stimmen zum Hauptbetriebsrat wie folgt: Einheitsverband 213 321 Stimmen, Christliche Gewerkschaften Deutscher Eisenbahner (GdE.) 46 849 Stimmen, Kirch- und Dunder'scher Allgemeiner Eisenbahnerverband (KdE.) 21 700 Stimmen, Syndikalistischer Industrieverband (S.I.) 2134 Stimmen.

Bei einem Vergleich mit dem Vorjahr ergibt sich, daß der Einheitsverband bereits 90 Prozent der Stimmen des Vorjahres für sich feststellen kann, während zum Beispiel die christliche Gewerkschaft bisher nur 78 Prozent ihrer Stimmen des Vorjahres erreichen konnte.

Die werktätige Frau

Hochzeit

Es geht ein heller Jubel aus
Dem vierten Stod im Hinterhaus.
Sie halten eine Hochzeit da,
Und eine Ziehharmonika
Die macht dazu wiederklirren
Die quäl wäl wäl Klirr!

Es wölft der Piarer am Altar
Haut' trauen nicht das junge Paar,
Weil es hat schon ein Kind, ja, ja,
So sagt die Ziehharmonika
Und macht dazu wiederklirren
Die quäl wäl wäl Klirr!

Tas Hochzeitspaar denkt ohne Scheu:
Daß in der Eh' bleibt Lieb und Treu,
Macht nicht des Piarers Segen. Ja,
Sagt auch die Ziehharmonika,
Sie macht dazu wiederklirren
Die quäl wäl wäl Klirr!

Sein Segen gilt da grad so viel
Als bringt man über's Fensterziel,
Man heh't's bei best'r Venten, ja,
Zacht hell die Ziehharmonika
Und macht dazu wiederklirren
Die quäl wäl wäl Klirr!

Bürgerlicher Frauenverein hehlt gegen „Rote Hilfe“

Aus Krausendorf wird uns geschrieben: Da es der Stahlhelmgruppe nicht gelang, an die Arbeiter heranzukommen, so wirts jetzt versucht, mit dem Vorhaben eines Frauenvereins die Arbeitererschaft, in erster Linie aber die Arbeiterfrauen, für die bürgerlich-nationalistische Politik einzufangen. Um an die indifferenteren Frauen heranzukommen, wurde dem Verein ein sogenanntes unpolitisches Programm umgeben. Der Hauptzweck des Frauenvereins, der hauptsächlich von Frauen, deren Männer dem Stahlhelm angehören, gegründet wurde, ist, den immer härter werdenden Zustrom der Arbeiterfrauen zur Roten Hilfe zu unterbinden. Es wurden Sammlungen zur Weihnachtsgeldbesicherung veranstaltet und ein paar am Orte wohnende Arme beschenkt. Bei den Sammlungen betonte der Frauenverein besonders, daß die Rote Hilfe nicht für die Kräfte der Gemeinde komme, sondern nur der Frauenvereins Wohlthätigkeit. Die Tätigkeit der Roten Hilfe unterscheidet sich allerdings von der „Wohltätigkeit“ der bürgerlichen Frauenvereine. Die Gemeinlichkeit der Roten Hilfe kommt dem proletarischen politischen Bewusstsein, die für Arbeiterinteressen gekämpft haben, den Witwen und Waisen, deren Erhalter von der Sozialrevolution erschlagen wurde, zugute. Für die Kräfte der Gemeinde, für die Sozialisten und Inflationsopter ist es Pflicht des Staates und der Gemeinden, zu sorgen. Der Staat muß sorgen werden, so auch die Gemeinden zu unterstützen. Die „Wohltätigkeit“ des Frauenvereins ver-

bessert ihre Lage nicht. Der „unpolitische“ Frauenverein hehlt mit allen Mitteln gegen die Rote Hilfe, um für seine Hintermänner Berna, Hermann Biener und ihres guten Freundes Weig vom Dominium bei den kommenden Gemeindevahlen Propaganda zu machen. Wir Kommunisten und alle Klassenbewußten Arbeiter rufen den Arbeitern und Arbeiterinnen von Krausendorf zu: Nicht der Weg, den der Frauenverein von Krausendorf beschreitet, führt zur Befreiung der Arbeiterklasse und des Kleinbauernums, sondern nur dem verschärften Kampf gegen den Kapitalismus wird es gelingen, die Sklavenketten zu sprengen. Darum: heraus aus dem Frauenverein und allen anderen vaterländischen bürgerlichen und unpolitischen Organisationen, die im Dienste des Kapitalismus stehen. Eorgt, trotz aller Fege gegen die R.H., für den Aufbau und die Stärkung der Roten Hilfe.

Wie's Lenin machte

„Ohne Frauen keine Revolution,“ sagte Lenin und deshalb legte er auf die Schulung der Frauen den größten Wert. Wo es angängig war, wurden Frauenzirkel eingerichtet. Die Genossinnen kamen zusammen, es wurden Forträge gehalten. Aber zur Diskussion meldeten sich sehr wenig Frauen. Sie waren nicht gewohnt, öffentlich zu sprechen. Sie genierten sich. Aber Lenin ließ sich nicht abschrecken.

Er bat die Frauen, alle ihre großen und kleinen Anliegen anzuschreiben und die Blätter in eine Urne zu werfen.

Die Kuratgeber richteten sich mit ihren Themen nach den Wünschen der Frauen, denn es konnten täglich viele Blätter aus der Urne genommen werden. Die Genossinnen sahen, wie liebevoll auf ihre Fragen geantwortet wurde, sie erkannten, daß sie sich ihrer Räte nicht zu schämen brauchten, und sie wurden mutiger.

Es schrieben sie statt der einfachen Fragen keine Geschichten aus dem Betrieb oder Straßen- und Geschäftslieben, andere sahen ihre Ansichten in kurzen Berichten zusammen, Gelesen und Erläutertes kam dazu, es waren die ersten Handzeichnungen, die dann vielfach zu regelrechten Frauenzeitschriften ausgebaut wurden.

Eine Aussprache über die Unstätigkeit sehr vieler Genossinnen hatte uns veranlaßt, denselben Weg zu versuchen, den uns Lenin gezeigt hat. Und wir haben uns nicht getraut, das bezugten die Dörfer, die einzuliegen, als wir den Vorschlag des Genossen zur Debatte stellen. Der nachstehende Brief von einer Genossin aus Oberschlesien wirkt wieder eine wertvolle Frage auf und wir hoffen, daß uns darauf viele Antworten zugehen werden.

Ein Brief

Siehe Reaktion der „werktätigen Frau“!

Angeregt durch den Artikel „Ein Vorschlag“ in der Nummer vom 21. Januar 1928 gestalte ich mir, eine neue Frage anzuschreiben. Schon wiederholt habe ich die Beobachtung gemacht, daß man bei vielen Gelegenheiten von aktiven, tüchtigen Parteigenossen auf hartnäckigen Widerstand stößt, wenn man versucht, auch sie für unsere große Sache zu gewinnen. In fast allen diesen Fällen mußte ich den Grund hierfür darin erkennen, daß

die Frau, — wenn auch der Mann den Eintritt aus der Kirche schon längst vollzogen hatte, — noch vollständig unter dem Einfluß des Alerus stand.

Wohin geht es in diesen Familien recht schlecht um den häuslichen

Frieden. Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen und nachher die Frage stellen:

„Wer trägt die Schuld?“

Es handelt sich um eine Familie, die mir sehr nahe steht. Der Mann ist Genosse, Friederich, und der beste und fürsorglichste Mann und Vater. Die Frau, noch ziemlich jung, hält streng zu ihrem katholischen Glauben und versucht mit allen Mitteln, ihren Mann zurückerzogen zu bekehren. Der Erfolg ist Streik und wieder Streik. Der Mann sagt:

„Ich leg' Dir nichts in den Weg, geh' Du zur Kirche, so oft Du willst, doch laß auch mir meine Ueberzeugung.“

Est schon, wenn sie sich bei mir, die ich viel älter bin, Rat holte, gab ich ihr den: „Neb' Deinem Mann gegenüber dieselbe Toleranz, die er Dir gegenüber beobachtet.“ Sie nimmt sich das dann auch jedesmal fest vor und es geht immer solange gut, bis wieder einmal der „Herr Piarer“ seinen Besuch macht (und das geschieht reichlich viel). Dann aber gibt es wieder verzweifelte Szenen, die eine tagelange Feindschaft der jungen Eheleute zur Folge haben. Naturgemäß müssen darunter die Kinder am meisten leiden. Wer trägt hier die Schuld?

Es wäre meines Erachtens doch eine schöne Aufgabe unserer Presse, aufklärend auf solche Frauen zu wirken. Ein gedrucktes Wort vermag doch so viel. Deshalb würde denn sonst der Alerus so viel mit Flugchriften und Artikeln in seiner Presse arbeiten. Ich kann mich des Gedankes nicht erwehren, daß unsere Parteipresse bisher noch nicht den rechten Weg gefunden hat, um den unheilvollen Einfluß des Alerus zu begegnen, der nicht allein den Frieden in den Familien untergräbt, sondern auch die fortschrittliche Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung behindert. Ich mache deshalb den Vorschlag, den Leserinnen unserer Frauenbeilage folgende Frage zur Aussprache zu stellen:

„Wie kann der verderbliche Einfluß des Alerus auf die Proletarierfrauen bekämpft werden?“

Ich bin überzeugt, daß manche Genossin hier ein gutes Wort zur Sache zu sagen weiß.

Ein Erlebnis

Eine Arbeiterin aus G. schreibt uns: Vor einiger Zeit hatte ich ein Erlebnis, das ich gern wiedergeben möchte. Einige Tage nach Neujahr rückte ein zum Schlachten bestimmter Ochse aus. Eine tolle Jagd begann, und als man ihn glücklich wieder hatte, wurde er an einem Tag gebunden, erhielt einen Sad über den Kopf und wurde schließlich geschlagen. Viele Zuschauer hatten sich angesammelt. Eine Frau fand die Geschichte schrecklich, eine andere meinte: „Das sind ja Tiere!“ und eine dritte meinte aus Mitleid. Ich trat zu den Frauen und sagte ihnen: „Seht, so wie dieses Tier, werden auch Menschen geschlagen und unschuldig zur Schlachtkamp geföhrt. Hier regt ihr euch über ein Tier auf, aber für Menschen, die unschuldig hingeschlachtet werden, röhrt ihr keinen Finger.“ Erstaunt fragte mich eine Frau, wer denn unschuldig geschlachtet wäre, das sei doch unmöglich. Darauf sagte ich ganz höflich: „Sind Sacco und Banzetti nicht unschuldig hingeschlachtet worden? Daran sind wir Frauen auch schuld. Wenn wir Frauen uns alle eingesetzt und mit unseren Männern demonstriert hätten, überall in allen Städten und Ländern, dann hätten die in Boston es nicht gewagt, Sacco und Banzetti zu ermorden. Sie sahen aber, daß wir schlafen und deshalb fühlten sie sich stark.“ Deshalb, Frauen, fordert ihr euch auf, seid einig und heßt uns, alle Frauen aufzuklären, die noch unbesitz stehen. Das könnt ihr sehr gut bei der Nachbarn, im Kaufhaus, wo ihr geht und steht. Unsere Presse liefert uns ja so viel Gesprächsstoff. Und — laßt euch organisieren. Nur die kommunistische Partei ist die Partei, die ihre ganze Kraft einsetzt für den Sieg der Arbeiterklasse und den Aufbau des Sozialismus.

Keine Wammelle für Landbändler und Stahlhelmer

Wie wir gestern bereits gemeldet haben, will der Landbund am 12. März auf dem Schloßplatz eine große Demonstration veranstalten. Dieser wurde der genannte Platz in den letzten Jahren der revolutionären Arbeiterbewegung mit der Begründung verweigert, daß laut einer Verordnung des Festungskommandanten politische Demonstrationen auf dem Schloßplatz nicht stattfinden dürfen.

Die „Kneifen“ und der Achtstundentag

Uns wird geschrieben: Im „General-Anzeiger“ gab kürzlich ein Professor Dr. Max Wolff, der früher einmal an der hiesigen Universität wirkte, seiner Freude darüber Ausdruck, daß unlangst ein Vertreter der englischen Regierung dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf erklärt hat, England werde das Washingtoner Abkommen über die allgemeine Einführung des achtstündigen Arbeitstages nicht ratifizieren.

Es wird Zeit, daß die Arbeiterbewegung auch ihrerseits auf das „Anapha-Papier“ spuckt....

Heißtliche Sonntagarbeit der Feuerwehr. Am Sonntag gegen 16.30 Uhr erfolgte ein Alarm nach dem Schickwerbergarten. Hier war in einem mit Heu und Stroh gefüllten Häuschen auf unvermittelte Weise Feuer entbrannt, zu dessen Löschung eine Schlauchleitung vorgenommen werden mußte.

Wieder mal eine Razzia veranfaßte die Breslauer Polizei am Sonnabendmorgen in einem Lokal in der Nähe des Hauptbahnhofs, das hauptsächlich von Dänen und Jüdinnen besucht wird.

Wieder mal eine Razzia veranfaßte die Breslauer Polizei am Sonnabendmorgen in einem Lokal in der Nähe des Hauptbahnhofs, das hauptsächlich von Dänen und Jüdinnen besucht wird.

Schlägerel in der Frankfurter Straße. In der Frankfurter Straße gerieten Sonntag nachts zwei junge Leute in Streit, wodurch in kurzer Zeit sich eine etwa hundertköpfige Menge angesammelt hatte.

Breslau, 6. März 1928. Wie wir bereits berichtet haben, fand am 6. März vor dem Schwurgericht in Oels die Verhandlung gegen den Förster August Hupla aus Sponsberg wegen Körperverletzung mit Todeserfolg statt.

Der Angeklagte, der einen wenig sympathischen Eindruck macht, erklärte, über die Tat befragt, daß er an einem Sonntagmorgen auf dem Wege nach Dornitzsdorf im Walde Spuren im Schnee festgestellt und kurze Zeit darauf einen Hund bemerkt habe.

Als Sachverständige wurden Dr. Peters und Dr. Straßmann aus Breslau gehört. Der erstere bekundete, daß Jod einen blutigen Abdruck hinterlassen würde und an dem erkrankten Hupla festgestellt sei.

Oberamtmann Schäfer, bei dem Hupla zurzeit im Dienst steht, sowie Forstmeister v. Singsen suchten den Angeklagten nach Möglichkeit dadurch zu entlasten, daß sie die Bewässerung in Sponsberg, namentlich aber die Arbeiter und Kleinbauern, in der unerbittlichsten Weise als Viehisch und den Beruf des Angeklagten als außerordentlich anstrengend und gefährlich bezeichneten.

Massenmeeting in den Zentralballfäden

verankert vom kommunistischen Jugendverband. Filmvorführung: Partisanenkämpfe. Musikvorträge: Schalmeientruppe und Musikgruppe der Jugend.

Als die Polizei in der sattem bekannten Weise gegen das Publikum vorging, wurden Entrüstungsrufe laut. Die Beamten gingen mit Gummiknüppeln vor. Zwei Brüder Schwarz wurden in Haft genommen.

Zusammenstoß zwischen Kraftdroschke und Straßenbahnwagen. Am Sonntagabend fuhr ein mit einer Dame besetztes Auto, das von der Theaterstraße in die Gartenstraße einbog, in bester rasendem Tempo, daß es mit einem Straßenbahnwagen der Linie 7 zusammenstieß.

Theater und Kino

Zirkus von Chaplin. In der zweiten Woche verlängert läuft dieser neue Chaplin-Film — über den wir schon berichteten — im Gloria-Palast. Chaplins Kunst ist gewaltig, ist jene große Komik, die tragisch, jene Lächerlichkeit, deren geheimer Unterton Güte, Mitleid und Versehen ist.

Welterfolge. So läßt man eine Bieneral Ein heiterer lustiger Film, der den Werdegang eines berühmten Tenors, der vom Lustschreiber im Prater zum Opernsänger avanciert, schildert.

Schwester des Verstorbenen. Sie sagte, ihr Bruder habe versprochen, für seine jüngste Schwester ein kleines Christbaumchen mitzubringen und habe sich eige Fuchsjagd mitgenommen.

Damit war die Beweisaufnahme geschlossen, und der Staatsanwalt Dr. Domes hielt seine Anklagerede. Er unterstellte es als wahr, daß Hupla sich in dem Glauben befunden habe, einem Wilderer auf der Spur zu sein.

Die Verhandlung gegen den traurigen Helden aus Sponsberg hat zweifellos den Beweis erbracht, daß dieser lediglich aus Mitleid darüber, daß ein Hund in seinem Revier war, einen unbewaffneten, friedlichen und harmlosen jungen Menschen, der Brennholz beschaffen und für sein Schwesterchen einen kleinen Christbaum holen wollte, durch Schüsse tödlich verletzt hat.

Eigentum der Besizenden gilt höher als Menschenleben. Darum im „Humen des Volkes“ verändernde Umstände und ein Jahr Gefängnis. Ob Hupla die Strafe verbüßen wird oder durch die Gnadenzone Hindenburgs vom Gefängnis bewahrt bleiben wird, steht noch dahin.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Stadtteil 3 (West), Straßenzelle 2. Mittwoch 19.30 Uhr. Stadtteil 4 (Süd), Dienstag 20 Uhr. Kommunistischer Jugendverband: Breslau, Mittwoch 19.30 Uhr.

Wachtung Rotkandbarbeiter!

Donnerstag 19 Uhr Rotkandbarbeiterversammlung in den „Quertürmchen“, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.

Wachtung Rotkandbarbeiter!

Donnerstag 19 Uhr Rotkandbarbeiterversammlung in den „Quertürmchen“, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.

Wachtung Rotkandbarbeiter!

Donnerstag 19 Uhr Rotkandbarbeiterversammlung in den „Quertürmchen“, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.

Wachtung Rotkandbarbeiter!

Donnerstag 19 Uhr Rotkandbarbeiterversammlung in den „Quertürmchen“, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.

Wachtung Rotkandbarbeiter!

Donnerstag 19 Uhr Rotkandbarbeiterversammlung in den „Quertürmchen“, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.

Wachtung Rotkandbarbeiter!

Donnerstag 19 Uhr Rotkandbarbeiterversammlung in den „Quertürmchen“, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.

Der Kampf um die Mandate!

Zumulte in der Breslauer G.D.-Generalversammlung — Paul Löbe als Preisbeger für die Rechten — Die Funktionäre empört und angeekelt

Breslau, 6. März 1928.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses drängten sich gestern abend 3000 sozialdemokratische Mitglieder, unter denen Gewerkschaftsführer, Beamte und vor allem Reichshändlerleute sehr stark vertreten waren. Die Bedeutung des Abends wurde durch die Anwesenheit Paul Löbes noch unterstrichen.

Zum ersten Punkt „Kommunalwahlen“ sprach Edstein, der auch die Versammlung leitete, und begründete kurz den Vorschlag der Funktionäre. Er enthielt sich jeden politischen Arguments und sagte bloß, man müsse die Arbeiter aus den Betrieben mehr in die unteren Parlamente bringen.

Durch Zwischenrufe wurde Edstein auf eine Vorschlagsliste Nr. 2 aufmerksam gemacht. Er erklärte, diese sei zwar eingeleitet, aber trotz Anfrage wolle sich niemand zu ihr bekennen. Sporn vom Buchdruckerverband erklärt, daß der A.D.G. offiziell mit ihr nichts zu tun habe. Es wird dann noch bekannt, daß die Belegschaft der „Volkswacht“ sich gestern morgen geweigert hat, diese Liste zu drucken, und daß die Geschäftsleitung erklärte, „aus geschäftlichen Gründen“ könne sie den Auftraggeber nicht nennen. Schließlich übernimmt Ex-Polizeipräsident Voigt diese Liste als seinen Vorschlag. Ein oberflächlicher Vergleich der beiden Listen ergibt, daß auf Liste 2 die Kandidaten Marschall, Jils-Edstein, Ziegler und Dr. Edstein genannt sind und dafür die Herren Kuffert, Darf, Frey und Aberhold eingefügt sind.

Nachdem Karl Pietsch als Hanswurst aufgetreten ist, beginnt die Diskussion. Es sprachen meist Rechte. Die Linken schieden keinen ihrer Führer vor. Der Arbeiter Persigehl erklärte, daß die Funktionäre die Konsequenzen ziehen würden, wenn die Liste ihres Vertrauens nicht gewählt würde. Der Schlosser Seewald teilte die Vorgänge in der „Volkswacht“ mit. Der Parteisekretär Krumm kritisierte das Verhalten der Stadtverordnetenfraktion mit den Bürgerlichen, wandte sich gegen Macho, der in einer unkontrollierbaren Reichshändlerversammlung gegen die Partei gesprochen habe und prangerte zum Schluß die geheime Bemessung der Gewerkschaftsführer an. Keiner der Anwesenden wagte, diese zu leugnen.

Schon jetzt war die Stimmung sehr bewegt. Die Rechten leisteten sich allerhand Zwischenrufe. Herr Schmidt vom Zimmererverband rief: „Das verstehen ja die Affen nicht“, womit er die sozialdemokratischen Arbeiter auf der Vorschlagsliste meinte.

Im Schlußwort erzählte Edstein noch, daß zu der geheimen Bemessung der Gewerkschaftsführer die Türen verschlossen waren, auch der Keller keinen Zutritt hatte. Der Einberuener Bierlich sei im Saale. (Kein Ablehnungsbescheid erfolgte). Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde zunächst per Abstimmung abgelehnt. Die festgestellte Mehrheit für Liste 1 aber wurde angezweifelt und man schritt zur Stimmgabelwahl. Dabei stellte Edstein fest, daß von einigen Rechten mehrere weiße Zettel abgegeben worden seien. Er erhob gegen die Wahl Protest und

es wurde bestimmt, daß die Zettel beim Verlassen des Saales abzugeben seien. In der Sperrstunde aber standen die Gewerkschaftsführer und nahmen die Abstimmenden entsprechend in Empfang. Schon jetzt verließ nahezu die Hälfte der Mitglieder, angeekelt durch den Mandatskampf, die Versammlung.

*

Zum zweiten Punkt „Reichs- und Landtagswahl“ erklärte Edstein, daß Winzer, Köhler, Ruhnert und Seppel nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder besitzen, daß letzterer noch Mitglied des Deutschen Beamtenbundes sei. Zum Reichstagswahltag der Ortsvorstand vor: 1. Löbe, 2. Ziegler, 3. Schell. Zum Landtag: 1. Macho, 2. Hamburger, 3. Schramm.

Vor halbblödem Hause begann dann eine erregte Diskussion. Güte Zwischenrufe wie „Schiebung“, „Brenner, wir wollen nach Hause“, wurden laut. Nach einigen anderen sprach Paul Löbe. Er dankte für das Vertrauen seiner Wiederaufstellung und begann mit einem Rückblick auf die „alten Stürme“ zwischen Vogel und Bernstein. Die bisherigen Abgeordneten hätten ihre Pflicht getan. Man müsse fragen: hat man bessere? Er sei der Meinung, die neuen seien nicht besser. Besonders rühmte er Machos Geschicklichkeit und Fleiß. Zum Schluß konnte es Löbe sich nicht verkneifen, einige Schwindelereien über ehemalige Kommunisten, die heute bei der Rechten seien, vom Stapel zu lassen, er erwähnte als Beispiele nur Albert und Schiller, die niemals Mitglieder der Partei waren.

Dann sprach Voigt für Winzer, wobei er durch Zwischenrufe wie: „Herr Polizeipräsident, Sie haben im Savoy Hotel zu reden gelernt“, unterbrochen wurde. Im Lärm ging jetzt minutenweise die ganze Versammlung unter.

Stoep, der Gauferretär der Kriegsbeschädigten, wandte sich gegen Löbe. Er erklärte, die jetzigen sozialdemokratischen Abgeordneten seien Steigbügelhalter des zerfallenen Bürgerblocks. Erneuter Lärm, der etwa zehn Minuten andauert. Ebenso nach den Ausführungen Schumann, der sich für Seppel einsetzt.

Als Edstein das Schlußwort nehmen will, wird er von der Rechten unterbrochen. Sie wollten ihn niederschreien und im Lärm kommt es nunmehr zur dritten Unterbrechung der Versammlung.

Dann wird zur Wahl geschritten. Edstein erklärt noch einmal, Macho habe selber gesagt, er wolle lieber in den Landtag. Ziegler brauche man als Metallarbeiter im Reichstag. Schramm sei dreißig Jahre ohne persönlichen Egoismus für seine persönliche Ueberzeugung eingetreten und dafür habe man ihn jetzt abgebaut. Zunächst werden Löbe und Macho einstimmig gewählt. Als bei der Abstimmung über Ziegler Edstein eine Mehrheit feststellt, kommt der

Zumult auf den Höhepunkt.

Voigt, Vogel, Alexander und Tugend Rechte stürmen nach vorne, laut „Schieber“ brüllend. Man will Edstein die Glotz

entreißen. Vergebens versucht Macho sich Gehör zu verschaffen. Der eble Schumann ruft Edstein zu: „Judenjunge, wenn Du nicht leiten kannst, dann verdrücke Dich!“

Eine halbe Stunde dauert die Unterbrechung. (!) Dann geht die Sitzung weiter. Die meisten Arbeiter haben bereits unter Verwünschungen den Saal verlassen. Nur die Bonzen, dazu die abkommandierten Reichsbannerleute sind bageblieben. Nunmehr wird erneut abgestimmt mit folgendem Ergebnis: Reichstag: als erster Löbe einstimmig, als zweiter Macho und als dritter Seppel. (Weide gegen eine kleine Minderheit.) Für den Landtag: als erster Winzer, als zweiter Hamburger, als dritter Ruhnert und als vierter Köhler, ebenfalls alle gegen eine kleine Minderheit. Schramm erhält nur wenige Stimmen.

Dieses Abstimmungsergebnis wird von den Rechten mit lautem Gebrüll aufgenommen, wogegen der Rest der linken Arbeiter festig protestiert. Es kommt zu gegenseitigen Pfeifkonzerten. Ein Rechter bringt einen Antrag ein, der sich gegen den Ortsvorstand richtet. Jetzt endlich rafft sich der den ganzen Abend schlaflos lächelnde und unentschieden schwankende Edstein auf und schließt die Sitzung.

Ein „großer Tag“ der Breslauer Sozialdemokratie war zu Ende.

Ein Wohnhaus in die Luft geflogen!

Fünf Tote

U. Berlin, 5. März. Ein Berliner Blatt meldet aus Danzig: Wie aus Gzenstochau gemeldet wird, ereignete sich in Dziadoszyn, unweit der deutsch-polnischen Grenze eine furchtbare Explosionskatastrophe. In der Wohnung eines gewissen Kleber, der sich gewerksmäßig mit Kofain- und Scharin schmutz beschäftigte, wurde eine Hausjudung angehalten. Als einer der Beamten im Keller ein Streichholz anzulöten, erfolgte eine furchtbare Explosion. Das ganze Haus flog in die Luft. Bei dem Unglück fanden drei Kinder Klebers, ein Polizeiposten und ein Finanzkontrolleur sofort den Tod. Kleber selbst, seine Frau, vier weitere Beamte und acht Personen, darunter eine Anzahl von denen, die zur Hilfe herbeigeeilt waren, wurden schwer verletzt.

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Montag, 5. 3. 28, 20 Uhr
Gastspiel Käthe Forst
mit eigenem Ensemble
„Rose Bernd“
Von Dienstag, den 6. 3.
bis Freitag, den 9. 3.
täglich 20 Uhr
„Der Hexer“

Thalia-Theater
Von Sonnab., d. 3. 3. bis
Freitag, den 11. 3.
täglich 20 Uhr
„Das Kamel geht durch
das Nadelöhr“

Schauspielhaus

Operettenbühne
Breslau
Tel. Etwan 3630

Täglich 20 Uhr

„Der
Zare-
witsch“

Sie verdienen
Sie täglich

10 Mark
mit Schatzkarte
Rox pers. kommen

Reste

in Serge, Mittel, Leder,
woll, Kammgarn,
Kohle, Garn, Knöpfe,
Kerzen, Erdöl,
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Gros
Karl Lippert
Breslau
Friedrichstraße 15
Tele: Markt 17
Wohlfahrtstraße 43

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Montag, 20 Uhr
Der Kronknecht
Dienstag, 19 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie F 14
Luzern
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 14
Die verkaufte Braut
Donnerstag, 20 Uhr
Rigoletto
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 14
König Lear
Sonnabend, 20 Uhr
Luzern
Sonntag, 15.30 Uhr
Nachmittagskonzert 3. ermäß. Preisen (Or. 2)
Der Freischütz
Sonntag, 20 Uhr
Die lustigen Weiber von Windsor

Volkschor Kaulka-Freiwaldau

Musikverein „Concordia“
Breslau
Sonntag, den 11. März 1928
in Schneiders Lokal, Steinbüchel
Gr. Gesang- u. Instrumental-Konzert
Zum Vortrag gelangt ein gut gewähltes
Programm
Anfang 4 Uhr — Eintritt 20 Pf.
einschließlich Programm
Nach dem Konzert
„Festball“
Freunde und Gönner sind herzlich
eingeladen
Das Komitee

Circus Busch

Schau-Arena
Täglich 8 Uhr
Das
menschliche
Geschloß

Urgo Zechal läßt sich
an einer Kanone
in die Luft schie-
ßen
Circus-Revue
des Lachens
„Das Tol ste
vom Tolien“
12 Bilder
und das große
Weltstadprogramm

Nicht 1. Lombard verfallt ne aber ebenis erstli.

Lederjacken

Schuhe, Stiefel, Mäster, Wind-
jacken, kauft man billiger als auf
Versteigerungen im
Lombardhaus, Salvatorpl. 3 4

Möbel

Küchen, kompl., 7-tlg. von 80.— Mk. an
Schänke, pol., 2-tlg. von 60.— Mk. an
Ausrichtische. von 38.— Mk. an
Polierte Stühle. von 5.50 Mk. an
Preis w. Scatol, Herren- u. Speisezimmer
Chaiselon nes, Sofas, Patent- u. Antiege-
matr.-iz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinstmübel
Blener & Dührig
Stähle und Möbel / en detail, en gros
Mathiasstr. 107 u. Weberstraße 28

Wir empfehlen unsere neu-
zeitliche und leistungsfähige

Buchdruckerei

zu bester Anfertigung von
Briefbogen, Rechnungen,
Preislisten u. Katalogen,
Programmen, Einlaßkart.,
Flugblätter u. Plakaten,
Broschüren, Werken aller
Art, Zeitschriften u. a. m.
in Ein- und Mehrfarbendruck
bei niedrig. Preisberechnung
Spez.: Massen-Auflagen



PEUVAG

Papier-Erzeugungs- u. Verwertungs-Akt.-Gesellschaft, Berbu

FIL Breslau

Trebnitzer Straße Nr. 50
Fernsprecher Amt Ring Nr. 8837

Metallbetten

Auflegematten aus eigener Werkstatt
Koppel & Talerka, Hindenburg
Kronprinzenstraße 127 — Telefon 3190
Beuthen, Pie'arer Straße 23
Telephon 2048, 2049

Öffentliche Bekanntmachung

von Dittersbach

Öffentliche Aufforderung
zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer
nach dem Gewerbevertrag für 1928.

- I.
- Eine Steuererklärung ist abzugeben:
1. Für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Gewerbevertrag im Kalenderjahre 1927 den Betrag von 6000 Mark überstiegen hat;
 2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbevertrages für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschusses der Bücher zu ermitteln ist;
 3. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, für die vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerprüfungsausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.
- Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebes abzugeben.

II.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordruckes „Muster Gew. 1 (für Einzelgewerbetreibende, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften), Muster Gew. 2 (für juristische Personen), Muster Gew. 4 (als Einlage zum Muster Gew. 1 oder 2 für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden)“ in der Zeit vom 15. bis 31. März 1928 bei dem Vorsitzenden des Gewerbeprüfungsausschusses, in dessen Bezirk sich die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Liegt der Ort der Leitung außerhalb Preußens, so ist der Wohnsitz des bestellten Vertreters, hilfsweise die preussische Betriebsstätte, maßgebend, in der die höchste Lohnsumme gezahlt ist.

Vordrucke für die Steuererklärung werden dem Steuerpflichtigen rechtzeitig zugestellt und können, falls eine Steuererklärung nicht zugehen sollte, vom 15. März ab von dem unterzeichneten Vorsitzenden des Gewerbeprüfungsausschusses bezogen werden. Auch werden Vordrucke vom 15. März ab im Amtshaus, Zimmer 7, während der Dienststunden von 9—12 Uhr abgegeben. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweifach eingeschrieben — einzureichen oder in Ausnahmefällen mündlich dem Vorsitzenden des zuständigen Gewerbeprüfungsausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordruckes zur Steuererklärung nicht abhängig.

III.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung veräumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV.

Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein schuldhaftes Vergehen gegen die Steuergefeße (Steuergefährdung) wird bestraft.
Dittersbach, den 3. März 1928.
Der Vorsitzende des Gewerbeprüfungsausschusses
für den Veranlagungsbezirk Dittersbach.
J. E. Breiter.